

Dokumentationszentrum
Oberer Kuhberg Ulm e. V.
– KZ-Gedenkstätte –

Mitteilungen

Heft 79 / November 2023

90 Jahre KZ Oberer Kuhberg

Neue Forschungen

Stele in Gleißelstetten

Das Bildungsprogramm

Gedenkstunde / Steleneinweihung · So, 19. November 2023 · 11 / 13.30 Uhr

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 90 Jahren – im November 1933 – mussten die ersten Häftlinge unter strenger Bewachung im leerstehenden Fort Oberer Kuhberg einen nationalsozialistischen Haft- und Folterort errichten. Das staatliche Konzentrationslager – offiziell „Württembergisches Schutzhaftlager Ulm/Donau“ genannt – war Teil eines Terrornetzes zur Verfolgung der politischen Gegner und zentrales Instrument der Herrschaftssicherung.

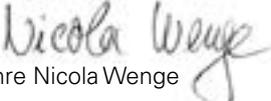
Wir haben bereits im letzten Mitteilungsheft über die reichsweiten Anfänge des KZ-Systems und die Eröffnung der bundesweiten Gemeinschaftsausstellung „Auftakt des Terrors“ berichtet. In diesem Heft vertiefen wir das Thema landesbezogen und konkret zu den frühen KZ Heuberg und Kuhberg: mit neuen Ergebnissen aus der Täterforschung zur Rolle der Landesbehörden, zum Lagerkommandanten Karl Buck sowie Aktenfunden zu Lagerverwaltung und Wachmannschaften. Auch biografische Recherchen im Zusammenhang mit der neuen Häftlingsdatenbank Heuberg-Kuhberg-Welzheim finden hier Raum. Ángel Ruiz Kontara rekonstruiert den Lebenslauf des Heuberghäftlings Walter Hirsch. Der Sozialist und Demokrat war schon vor 1933 massiv von Antisemitismus bedroht, kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg gegen Faschismus und Nationalsozialismus, litt in den 1950er Jahren unter antisemitischen Kontinuitätslinien (auch in Ulm) und suchte trotzdem immer wieder Neuanfänge.

Seit Jahrzehnten steht das DZOK für eine Bildungs- und Aufklärungsarbeit, damit Menschen sich unabhängig von ihrer Religion und Herkunft frei entfalten und sicher leben können. Doch wie lässt sich eine solche Arbeit durchhalten, wenn radikal rechte Einstellungen milieuübergreifend erstarken und Demokratiefeinde ungeahnte Wahlerfolge feiern? Wenn Jüdinnen und Juden in den Terrorangriffen der Hamas einem brutalen Vernichtungswillen ausgesetzt sind? Wie lässt sich Eintreten für ein Ende der Gewalt und ein gleichberechtigtes Leben zwischen Palästinensern und Juden, wenn alle Zeichen auf Hass und Krieg stehen?

Diese Fragen werden uns begleiten und die Antworten liegen nicht auf der Hand. Sie zu finden ist eine Herausforderung, die es anzunehmen gilt. Denn nur, wenn wir nicht verstummen und resignieren, können wir Wege und Lösungen für eine bessere Zukunft finden. Was jetzt zählt ist Solidarität mit den Angegriffenen, Mut zur historisch-politischen Auseinandersetzung und ein langer Atem für Demokratie, Frieden und Menschenrechte.

In diesem Sinn möchte ich Sie zur Lektüre dieser Mitteilungen ebenso einladen wie zu unseren Gedenkveranstaltungen am Sonntag, den 19. November, am Oberen Kuhberg, um an den Widerstand und die Verfolgung der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu erinnern.

Ich grüße Sie herzlich


Ihre Nicola Wenge

90. Jahrestag der Errichtung des KZ Oberer Kuhberg Sonntag, 19. November 2023

11 Uhr: Gedenkstunde in der Ulmer KZ-Gedenkstätte

mit Prof. Jens-Christian Wagner
Direktor der Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und Mittelbau-Dora

Grußworte: Bürgermeister Martin Bendel, Stadt Ulm
und Landesvertretung

13.30 Uhr, Einweihung einer Erinnerungsstele in Gleißelstetten

ehem. Außenlager des KZ Oberer Kuhberg,
Grußworte: OB Gunter Czisch, Stadt Ulm
und Landesvertretung
Ort: Hasensteige 50, Ulm-Söflingen

Inhalt

Vorwort	2
Landesbehörden und KZ Oberer Kuhberg	3
Lagerverwaltung und Wachmannschaften	6
KZ-Kommandant Karl Buck	8
Heuberghäftling „José“ Walter Hirsch	9
Ausstellung „Auftakt des Terrors“ und Bildungsprogramm	11
Neue DZOK-Publikationen	12
Interview mit Guide Carmen Špali	13
Praktikumsbericht Carina Besirske	14
Besteht Demokratie?	15
Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben	16
Neues NS-Dokumentationszentrum Freiburg	17
Rückblick 2023	18
Neues in Kürze	22
Neue Bücher	26
Veröffentlichungen des DZOK	30
DZOK-Programm Winter	31
Förderer dieser Nummer	32
Beitrittserklärung	32

Titelbild: Die Collage auf dem Titel zeigt drei Häftlinge des KZ Oberer Kuhberg: den Kommunisten Alfred Haag (links oben), den katholischen Pfarrer Alois Dangelmaier (links unten); den Sozialdemokraten Dr. Kurt Schumacher (rechts). Quelle: Archiv DZOK Ulm.

Die Rolle der Landesbehörden

Im November 1933 wurde das KZ Oberer Kuhberg errichtet. Für die Häftlinge war das Lager ein geschlossener Kosmos, aus Täterforschungsperspektive aber in einen größeren Akteurs- und Handlungskomplex eingebettet. Welche Rolle die Landesbehörden in diesem Zusammenhang spielten, steht im Mittelpunkt dieses Artikels.

Nicola Wenge

Am 30. Januar 1933 war Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden. Im März 1933 übernahm NSDAP-Gauleiter Wilhelm Murr in Württemberg die Staatsgeschäfte. Binnen eines Jahres beseitigten die Nationalsozialisten die Grundpfeiler der Demokratie und errichteten eine völkisch-antisemitische Führerdiktatur. Politische Gegner*innen wurden von Beginn an gewaltsam bekämpft. Bis November 1933 waren auf Reichsebene bereits mehr als 80.000 Menschen in „Schutzhaft“ genommen und in improvisiert eingerichtete, erste Konzentrationslager verschleppt worden, in Württemberg schätzungsweise 4.000 Personen. Der unmittelbar einsetzende Staatsterror gegen Andersdenkende war das erste dezentral organisierte Großverbrechen der Nationalsozialisten und ebnete ihnen den Weg zur absoluten Macht. Zentrale Anweisungen oder einen von Berlin aus organisierten Verfolgungsapparat gab es dafür noch nicht. Die frühe politische Verfolgung entfaltet ihre Dynamik vielmehr im Zusammenspiel von Tätergruppen auf kommunaler, Landes- und Reichsebene. Improvisation, eine Vielzahl von Initiativen und Akteuren sowie konkurrierende Konzepte bestimmten das Bild. Eine wichtige Rolle bei der Planung und Ausübung des Terrors übernahmen in Württemberg proaktiv und entschlossen die Landesbehörden.

Gewalt im Frühjahr 1933

Als am 15. März 1933 Wilhelm Murr in Stuttgart zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt wurde, erklärte der NSDAP-Gauleiter und spätere Reichsstatthalter, der das Land Württemberg im nationalsozialistischen Sinne effektiv „gleichschaltete“, noch am selben Abend den Terror gegen die politischen Gegner



Lagerstraße des KZ Heuberg, 1933. Quelle: Schwarzwälder Bote, März 1933

zur Regierungspolitik. Die Umsetzung dieser Ankündigung erfolgte reibungslos und flächendeckend. Innerhalb von nur vier Wochen, allein bis Mitte April 1933, wurden rund 2.000 politische Gegner in das KZ Heuberg bei Stetten am Kalten Markt eingewiesen, es war zu diesem Zeitpunkt eines der größten und wegen der dort ausgeübten Gewalt auch berühmtesten Konzentrationslager im Deutschen Reich.

Bis Sommer 1933 hatte die württembergische Landesregierung unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.1933 KPD und SPD verboten, alle oppositionellen Verbände und Organisationen aufgelöst, die Gewerkschaften zerschlagen, deren Vermögen eingezogen, Parteineugründungen untersagt und die Presse an freier Berichterstattung gehindert. Besonders strikt gingen die Nationalsozialisten gegen die Kommunisten vor. Die gesamte obere und mittlere Funktionsebene der KPD und ihrer Organisationen war auf der Grundlage von Listen, die die Politische Polizei noch in der Weimarer Republik angefertigt hatte, verhaftet worden. Allein für den Großraum Ulm enthielten die Listen über 1.000 Namen von Mitgliedern der KPD und anderer kommunistischer Organisationen.

Durchgeführt wurden diese Massenverhaftungen ebenfalls von der Politischen Polizei, die rasch und ohne nennenswerte Widerstände zu einem schlagkräftigen Instrument der nationalsozialistischen Staatsführung umgestaltet wurde, und ihren Hilfstruppen SA, SS und Stahlhelm. Die Initiative ging im Frühjahr 1933 oftmals von den örtlichen SA-

Verbänden aus, die mit äußerster Brutalität teils im Staatsauftrag, teils autonom als Parteiformationen agierten. Die Grenzen zwischen polizeilicher Repression und paramilitärischer Gewalt waren damit früh verwischt.

Die Massenverhaftungen und die eskalierende Gewalt wurden flankiert von zahlreichen Erlassen und Verordnungen der Landesregierung, die die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Verfolgung der Opposition auf eine pseudolegale Grundlage stellten. Die Landesregierung ging stets im Einklang mit der Reichsregierung vor, bisweilen auch verschärfend. Sie pufferte zugleich das willkürliche, gewalttätige Vorgehen von Polizei, SA und SS ab, denn nach außen war durch die Verordnungen der Anschein von Recht und Ordnung gewahrt.

Zielstrebig nahmen Reichs- und Landesregierung auch die Justiz als Verfolgungsinstrument in den Dienst, bevor diese 1934 unter Reichshoheit gestellt wurde. Ab März 1933 urteilte das neu etablierte Sondergericht am Oberlandesgericht Stuttgart politische Vergehen als Hoch- und Landesverrat bzw. Heimtücke hart und schnell ab. Die Strafpraxis wurde zunehmend drakonisch.

Steuerung des Terrors ab Sommer 1933

Während im Frühjahr 1933 SA, kommunale Polizeibehörden und Landespolizei die Verfolgung und Unterdrückung der politischen Gegner oft noch willkürlich und ohne Absprachen durchführten, zielte das württembergische Innenministerium ab Sommer 1933 darauf ab, die „Schutz-

Verfügung des Württ.-Innenministeriums,
betreffend Schaffung der Dienststelle: "Der politische
Polizeikommandeur Württembergs."

- 1.) Im Innenministerium wird die Dienststelle: "Der politische Polizeikommandeur Württembergs" geschaffen.
- 2.) Die Abteilung IV des Polizeipräsidentiums Stuttgart erhält mit sofortiger Wirkung die Bezeichnung: "Württembergische politische Polizei".
- 3.) Die Württembergische politische Polizeieinheit mit sofortiger Wirksamkeit aus dem Dienstbereich des Polizeipräsidentiums Stuttgart aus.
- 4.) Dem politischen Polizeikommandeur Württembergs unterstehen:
 - a) die Württembergische politische Polizei, die gegliedert ist in die Zentrale und in die politischen Abteilungen beim Polizeipräsidentium Stuttgart, bei den Oberleitern und staatlichen Polizeileitern,
 - b) die politische Milizpolizei (SS.) in ihren sämtlichen Formationen für die Exekutive,
 - c) die bereits bestehenden und noch einzurichtenden Konzentrationslagern.
- 5.) Auf Anforderung stehen dem Politischen Polizeikommandeur Württembergs Schutzpolizei, Landjägerkorps und die übrigen Polizeibeamten für die Exekutive zur Verfügung.
- 6.) Die Dienststelle des Politischen Polizeikommandeurs Württembergs erhält eine eigene Wirtschaftsabteilung und Kraftwagenpark.

Stuttgart, den 24. April 1933.

Verfügung des Württembergischen Innenministeriums vom 24.4.1933 mit der die Einrichtung und Befugnisse der Politischen Polizei geregelt wurden. Quelle: HStA Stuttgart E 151/01 Bü 793.

haft" bei der Politischen Polizei auf Landesebene zu zentralisieren. Es setzte den administrativen Rahmen, um die Politische Polizei als Steuerungsinanz des Terrors unter seiner Verantwortung fest zu etablieren, den geheimpolizeilichen Apparat massiv auszubauen und damit die Schlagkraft der Verfolgung zu erhöhen. Bereits am 28. April 1933 verfügte Murr, dem zu diesem Zeitpunkt noch das Innenministerium unterstand, die Politische Polizei aus dem Polizeipararat herauszulösen und als Württembergisches Politisches Landespolizeiamt direkt dem Innenministerium zu unterstellen. Württemberg folgte damit dem Beispiel Preußens. Die Politische Polizei Württemberg war zwar institutionell noch in den württembergischen Staatsapparat eingebunden, konnten aber die ihr übertragene Polizeigewalt auch unter Murrs Nachfolger Jonathan Schmid, der das Amt im Mai 1933 übernahm, mit dem Instrument der „Schutzhaft“ und der damit verbundenen Aufsicht über die KZ weitgehend unabhängig ausüben. Daran änderte sich auch nichts, als Heinrich Himmler im Dezember 1933 zum Kommandeur der Politischen Polizei in Württemberg wurde und die Poli-

zeihoheit Ende 1934 formal an das Reich übergang. Die Politische Polizei, erst 1936 offiziell Gestapo genannt, agierte mindestens bis 1935 als weitgehend autonome Behörde. Der Politischen Polizei unterstand von 1933 bis 1935 die Durchführung aller Maßnahmen der staatspolizeilichen Freiheitsentziehung in Württemberg. Ihre Mitarbeiter beobachteten Gegner des Regimes, nahmen Denunziationen aus der Bevölkerung auf, stellten die „Schutzhaftbefehle“ aus und leiteten die Einweisung in die Gefängnisse und frühen Konzentrationslager. Sie waren zuständig für die Errichtung, Verwaltung und Bewachung der Lager und entschieden in letzter Instanz über Entlassungen und damit verbundene Auflagen. Von Anfang an konnte die Politische Polizei auf die umfassende Unterstützung der anderen Polizeibehörden, Parteiinstanzen und Verwaltungsbehörden zurückgreifen. Sie alle halfen bei der Verfolgung, lange bevor Reichsführer SS Himmler 1935 dies zur Pflicht machte und die Politische Polizei der Reichshoheit unterstellt wurde. Das Erfassungs-, Kontroll- und Verfolgungsräderwerk funktionierte reibungslos. Die Ober- und Bezirksämter, die kom-

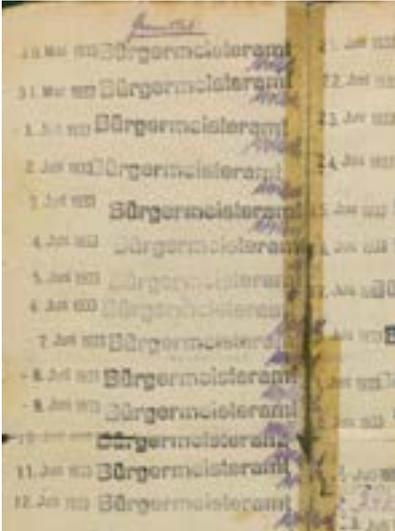
munalen Polizeibehörden und die NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen beteiligten sich an der Meldung und Kontrolle der politischen Gegner zur Einweisung in ein Konzentrationslager. Nach der Entlassung aus der Haft lieferten dann die bei den Kommunen angesiedelten Pass- und Einwohnermeldeämter persönliche Daten entlassener „Schutzhäftlinge“ und gaben bei Wohnortwechseln Anschriften weiter. Die Entlassenen mussten sich regelmäßig bei der örtlichen Polizei oder auf den Rathäusern melden und jeden Wohnsitzwechsel sofort angeben. Die Ämter der Reichspost kontrollierten den Briefverkehr. Schließlich lieferten auch Bürgermeister und Landräte der Politischen Polizei Informationen und nahmen Erhebungen über den Vermögensstand der „Schutzhäftlinge“ vor, denn diese mussten die Kosten für die Haft selbst begleichen, was nicht selten zu existenziellen Notlagen führte.

Bis zum November 1933 hatten die Landesbehörden im Zusammenspiel mit den kommunalen Akteuren und nachgeordneten Behörden so einen äußerst effektiven Überwachungs- und Verfolgungsapparat aufgebaut, in dem neben den staatlichen und politischen Institutionen auch die Denunziation aus der Bevölkerung eine permanente Gefahr und eine hohe Bedrohung für die politischen Gegner des NS-Regimes darstellten.

Das KZ Oberer Kuhberg

Wie schon das Vorgängerlager Heuberg, so war auch das KZ Oberer Kuhberg im November 1933 auf Initiative der oberen Landesbehörden eingerichtet worden und unterstand der Verantwortlichkeit des Innenministeriums. Eine vom Ministerium erlassene Lagerordnung sollte das Verhalten von Häftlingen, Wachpersonal und Kommandant regeln und untersagte Gewalt. Doch in der Praxis konnten Lagerkommandant Karl Buck und die Wachmannschaften bereits am Heuberg und in noch stärkerem Maße am Kuhberg das ministerielle Regelwerk unterlaufen und ein System enthemmter Gewalt und Unterdrückung etablieren.

In der Hierarchie des KZ-Personals spielte Lagerkommandant Karl Buck eine zentrale Rolle. Er nutzte seinen Handlungsspielraum von Beginn an dazu, eine willkürliche Terrorherrschaft zu etablieren und die Wachleute, insbesondere die meist jungen SA- und SS-Wachmänner, in diesem Sinne zu instruieren. Die Wachmänner, von denen viele in den rechtsextremen Kampfbünden der Weimarer Zeit sozialisiert worden waren, stammten ebenso aus Land



Kontrollstempel des Bürgermeisteramts Bonlanden auf dem Entlassungsausweis des Heuberghäftlings Julius Beck. Er musste dort nach seiner Entlassung täglich vorstellig werden. Quelle: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 9349.

und Region wie die Häftlinge. Sie nutzten ihre Machtposition aus, um „alte Rechnungen“ mit den politischen Gegnern aus der Zeit vor 1933 zu begleichen.

Schikane und Misshandlungen konnten jeden Häftling treffen. Besonders im Fokus standen jedoch Häftlinge, die vor 1933 eine politische oder gesellschaftliche Rolle gespielt und/oder sich als anti-nationalsozialistisch exponiert hatten. So etwa der unbeugsame SPD-Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, der in den Lagern Heuberg und Oberer Kuhberg besonderen Demütigungen, Folter und Isolationshaft ausgesetzt war. Viele Häftlinge wollten sich mit ihrer Situation der Rechtlosigkeit nicht abfinden. Wie etwa der Gewerkschafter Max Schuster, der 1933 im KZ Oberer Kuhberg inhaftiert wurde. Er notierte alle Misshandlungen, die er beobachtete, und versteckte die Notizen in seiner Kleidung, um sie später zu veröffentlichen. Als die Wachleute dies entdeckten, wurde er misshandelt und lebensgefährlich verletzt. Ein anderer Kuhberghäftling, Alois Geray aus Bad Waldsee, stellte nach seiner Entlassung im Juli 1934 Strafanzeige gegen Kommandant Karl Buck wegen Körperverletzung. Doch die in „Gleichschaltung“ befindliche Justiz ließ den Kommandanten und Wachmannschaften gewähren, ohne die Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen.

Mit der Zentralisierung und Systematisierung der „Schutzhaft“ in den Händen der Politischen Polizei, der Errichtung der politischen Sonderjustiz und dem Instrument der frühen Konzentrationslager schufen

die Landesbehörden einen lückenlosen Verfolgungsapparat, bevor die Reichsinstanzen hierzu zentrale Vorgaben machten. Die schrankenlose, geduldete sowie nicht sanktionierte Gewalt in den frühen Konzentrationslagern stellte einen der ersten Zivilisationsbrüche der Nationalsozialisten dar.

Fazit und Ausblick

Die enorme Schnelligkeit und Brutalität der Verfolgung ist zunächst Wilhelm Murr als Spitze der Landesregierung zuzuschreiben. Kaum im Amt, besetzte er zentrale Machtpositionen mit alten Parteifreunden, die die Verfolgung und Vernichtung des politischen Gegners skrupellos organisierten. Weitab von der politischen Zentrale Berlins, aber ganz in ihrem Sinne, etablierte er in Stuttgart eine radikale Exekutive.

Beteiligt waren von Beginn an aber nicht nur die Regierungsspitzen, Minister und höhere Ministerialbeamte, sondern auch nachgeordnete Behörden: Die Politische Polizei, mittlere und kleinere Polizeibeamte in den Polizeidirektionen und in örtlichen Polizeiämtern, Bürgermeister, Landräte sowie die Mitarbeiter der lokalen Behörden. Ohne die aktive Anpassung und Selbstmobilisierung dieser Personen und Institutionen wäre die unmittelbar einsetzende, umfassende Verfolgung nicht denkbar gewesen. Neben radikalen Nationalsozialisten an den führenden Schaltstellen der Macht ermöglichten auch lang gediente Mitarbeiter*innen der staatlichen Bürokratie die Repressionspolitik einer radikalisierten Exekutive und trugen sie mit.

Die Politische Polizei, bald unmittelbar dem Innenminister unterstellt, wurde ab Sommer 1933 zur Schaltzentrale eines heterogenen Verfolgungsnetzes, in dem staatliche und Parteistellen zusammenarbeiteten. Dieses Netz entfaltete eine zerstörerische Dynamik. Die enge Kooperation zeigte sich bei der Überwachung und Erfassung der politischen Gegner*innen ebenso wie bei der Verfolgung und Kontrolle entlassener „Schutzhäftlinge“.

Unter der Verantwortlichkeit des Innenministeriums war das KZ Oberer Kuhberg ein zentrales Terrorinstrument zur Etablierung der NS-Diktatur. Die normativen Vorgaben zur „Schutzhaft“ und zur KZ-Haft durch das Innenministerium führten keineswegs zu einer Abmilderung der Repression. Da die Gewaltpraktiken nicht kontrolliert, Beschwerden und Anzeigen nicht berücksichtigt und Folter und Willkür nicht geahndet wurden, waren die Vorgaben zur Disziplinierung der Täter

wirkungslos. Wirkungsvoll waren die „Schutzhaft“-Erlasse und Lagerordnungen hingegen zur Unterdrückung der Opfer. Die Handlungs- und Entscheidungsräume der Verfolgten wurden durch die ministeriellen Vorgaben minimiert. Nahezu alle Häftlinge des KZ Oberer Kuhberg erlebten nach ihrer Freilassung mit ihren Familien Repressalien im Alltag und am Arbeitsplatz, wurden bei Behördengängen gedemütigt und diskriminiert.

Unter der zentralen Leitung der SS wurden bereits 1933/34 viele andere frühe Konzentrationslager geschlossen, einige wenige nach dem Vorbild Dachaus umstrukturiert. Die Reorganisation der Konzentrationslager war im Frühjahr 1935 abgeschlossen. Das KZ Oberer Kuhberg wurde im Sommer 1935 geschlossen, die letzten verbliebenen Häftlinge nach Dachau überführt.

Die 1933 noch mit der Notwendigkeit der Abwehr eines kommunistischen Umsturzversuchs begründete „Schutzhaft“ war 1935 zu einer festen Institution der Repression geworden und wurde ab 1936 zentral von Berlin aus organisiert. Auch die Verfolgung regimiekritischer Äußerungen und Handlungen wurde Mitte der 1930er Jahre weiter verschärft. Mit Kriegsbeginn im September 1939 weitete die Gestapo die politische Verfolgung noch einmal drastisch aus. Spätestens jetzt war der zentrale Anweisungsapparat voll ausgebildet, die Regional- und Landesinstanzen fungierten als verlängerter Arm des Systems. Doch das Fundament für die totale Verfolgung hatten die Landesbehörden im Zusammenspiel mit Partei- und Reichsinstanzen in den Anfangsjahren des Regimes gelegt. Sie schufen die normativen Grundlagen und die strukturellen Bedingungen, an die der Reichsapparat nahtlos anschließen und aufbauen konnte.

KASTEN

Der Artikel basiert in gekürzter Form auf dem Aufsatz „Unsere Aufgabe ist also klar: Vernichtung des Marxismus und Niederringung des Zentrums“. Die politische Verfolgung als arbeitsteiliges Verbrechen in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“. Der Text wurde von Nicola Wenge im Rahmen des Forschungsprojekts zur Rolle der badischen und württembergischen Landesministerien im Nationalsozialismus verfasst und erscheint in einem Sammelband in der Schriftenreihe der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Recherchen zum KZ Oberer Kuhberg

90 Jahre nach der Eröffnung des KZ Oberer Kuhberg sind noch viele Fragen zur Lagergeschichte offen. Dies liegt u. a. daran, dass die zentralen Verwaltungs-, Personal- und Gefangenenakten der frühen württembergischen KZ den Krieg nicht überstanden. Im Rahmen unserer Recherchen suchen DZOK-Mitarbeitende in Landes- und Bundesarchiven nach Akten, die als Parallelüberlieferungen dienen. Ein Puzzlespiel aus vielen einzelnen Details, die in der Gesamtschau Antworten auf Abläufe im Lager, Verantwortlichkeiten und die Täter geben können.

Johannes Lehmann und Josef Naßl

Grundsätzlich lassen sich zwei erhaltene Quellengruppen für die Geschichte des KZ Oberer Kuhberg unterscheiden: Wichtige normative Texte der verantwortlichen staatlichen Bürokratie sind Gesetze und Verordnungen, Bekanntmachungen und Erklärungen zur Verhängung und zur Durchführung der „Schutzhaft“.

Die „Schutzhaft“-Praxis im Konzentrationslager lässt sich hingegen aus Berichten und Korrespondenzen der Verfolgungsinstitutionen, etwa aus Sach- und Personalakten der Ministerien sowie aus Schilderungen und Erinnerungen der Verfolgten oftmals nur mühselig rekonstruieren. Deshalb sind auch kleinere Funde zu Lagerverwaltung und den Wachmannschaften erkenntnisfördernd.

Wie der Blick über den Landestellerrand Hinweise für die Rekonstruktion der württembergischen KZ-Verwaltung und -aktenführung liefern kann, sei anhand der Akten des badischen Justizministeriums im Generallandesarchiv Karlsruhe zum badischen frühen KZ Kislau erläutert. Zum historischen Hintergrund: Wurden badische Häftlinge im Frühjahr 1933 noch in das sich in Baden befindliche aber vom württembergischen Staat geführte KZ Heuberg gebracht, endete diese Übereinkunft der beiden Länder im Herbst 1933 mit dem Umzug des württembergischen KZ nach Ulm. Kurz vor der Schließung des KZ Heu-

berg am 15. November 1933 wurden 46 badische Häftlinge vom Heuberg in das KZ Kislau überstellt. Dank der überlieferten Verwaltungsunterlagen des KZ Kislau können diese nicht nur konkret benannt werden. Vielmehr lassen sie auch Rückschlüsse darüber ziehen, wie die Häftlingsakten am Heuberg und Oberen Kuhberg geführt wurden. Denn bei der Überstellung der badischen Häftlinge erhielt die Kislauer Lagerverwaltung zu jedem der Häftlinge einen am Heuberg erstellten Personalbogen mit Angaben zu Name, Alter, Beruf, Wohnsitz und äußerlichen Merkmalen. Zusätzlich wurden zumindest Teile der Personalakte vom Heuberg nach Kislau geschickt. Das ist besonders interessant, da bislang aus den KZ Heuberg und Oberer Kuhberg keinerlei Häftlingsakten überliefert sind. Anhand von Dokumenten, die noch den Briefkopf der Verwaltung des KZ Heuberg tragen und sich in den Gefangenenakten von Kislau-Häftlingen befinden, lassen sich einzelne Bestandteile der Gefangenenakten des KZ Heuberg zum Teil rekonstruieren: Neben dem bereits genannten Personalbogen enthielten diese unter anderem eine Effektenliste (also eine Auflistung der Gegenstände, die der Häftling bei seiner Einlieferung abgeben musste), Erkrankungsanzeigen, Krankmeldungen und ärztliche Untersuchungsbefunde, zudem konnten auch amtliche Korrespondenzen, z. B. mit der Justiz und Gnadengesuche von Angehörigen in den Akten enthalten sein. Aus der privaten Überlieferung einzelner Häftlinge wissen wir, dass auch im KZ Oberer Kuhberg weiterhin die Vordrucke und Mantelbögen des KZ Heuberg verwendet wurden und es eine hohe verwaltungstechnische Kontinuität gab. So ist davon auszugehen, dass die Häftlingsakten aus Ulm ähnlich aufgebaut waren.

Doch auch die Bestände württembergischer Ministerien im Hauptstaatsarchiv Stuttgart liefern wichtige Erkenntnisse zur Lagerverwaltung und zur Vergütung der Wachmannschaften am Oberen Kuhberg, obwohl die zentrale Überlieferung des Innenministeriums nicht mehr zur Verfügung steht. Anhand von Akten vor allem aus dem Staats- und Finanzministerium lassen sich die Debatten um die Finanzierung und Ausstattung der Politischen Polizei

Schutzhaftlager Heuberg

Untersuchungsbefund:

Geheule Nr. 127	Der Schutzhaftgefangene:	
Dienst Nr. 4	Nachname .. Quintel	Vorname .. Franz
Stufe 7	geb. am .. 17.8.15	in .. St. Schönbühl
	wohnh. in .. St. Schönbühl	Str.
	eingeliefert in das Schutzhaftlager am 22.9.33	

wurde heute auf Grund des § 7 der Dienst- und Vollzugsordnung für das Schutzhaftlager Heuberg von mir auf seinen Gesundheitszustand untersucht.

Ich habe festgestellt:

Seitherige Beschäftigung	Zugführer
Allgemeiner und Ernährungszustand	sehr mäßig
Neubildung	
Herz	Lebhaft
Lunge	e. B.
Durch	e. B.
Nervensystem	e. B.
aktuelle Erkrankungen	

Krankenbogen des Heuberghäftlings Franz Quintel, der in seiner Häftlingsakte aus dem KZ Kislau erhalten ist. Quelle: GLAK 521/8429

und der frühen Konzentrationslager in Württemberg nachvollziehen. Diese waren geprägt von Forderungen nach weiteren Mitteln und Kompetenzen durch den Leiter der Politischen Polizei Hermann Mattheiß auf der einen und dem Wunsch nach Sparmaßnahmen und Kontrolle durch das Finanzministerium auf der anderen Seite. Wie stark der Streit um die Finanzierung der Politischen Polizei und ihrer KZ auch Auswirkungen auf das KZ Oberer Kuhberg und seine Belegschaft hatte, zeigt exemplarisch ein Schreiben des Politischen Polizeiamts an das Innenministerium aus dem Dezember 1934. Es gewährt einen Einblick in die finanzielle Situation der im Lager als Hilfspolizisten eingesetzten SA- und SS-Männer. Diese hätten sich nach teilweise jahrelanger Arbeitslosigkeit und in Anbetracht einer Vergütung von lediglich 1,50 RM pro Tag (der durchschnittliche Monatslohn betrug im Jahr 1934 134 RM) eine einmalige Sondervergütung zu Weihnachten verdient. Das Finanzministerium lehnte diese Sondervergütung aus prinzipiellen Überlegungen ab. Die internen Auseinandersetzungen um die Finanzierung der immer größer werdenden Politischen Polizei führten im Mai 1934 zur Entlassung von Hermann Mattheiß als deren Leiter. Ob sie auch ihren Anteil an der Ermordung von Mattheiß im Juli 1934 im Rahmen der propagandistisch „Röhm-Putsch“ genannten Mordserie haben, ist eine noch ungeklärte Frage. Die Auseinandersetzung im staatlichen Beamtenapparat um die Politische Polizei und deren finanzielle Ausstattung zeigt jedoch das landesministerielle Spannungsfeld, in dem sich das KZ Oberer Kuhberg bis zu seiner Auflösung im Juli 1935 entwickelte.

Ein weiterer Fokus der Recherchearbeiten liegt in der biografischen Forschung zum Lagerkommandanten (s. S. 8) und zu den Wachmannschaften – einem nach wie vor wenig erforschten Gebiet. In diesem Bereich erlauben Bestände in unterschiedlichen Archiven verschiedene Perspektiven auf einige der Männer, die in den KZ Heuberg und Oberer Kuhberg – und zum Teil auch noch später – brutale Verbrechen begingen. Anhand von SA- und SS-Unterlagen aus dem Bundesarchiv Berlin oder von Spruchkammerakten aus den Staatsarchiven Ludwigsburg und Freiburg lassen sich zum Teil sehr unterschiedliche Karrieren und Lebenswege der bisher namentlich bekannten Wachmänner nachvollziehen. Nur sehr schwer nachverfolgbar sind diejenigen Lebenswege,



Ausschnitt aus dem Schreiben des Politischen Polizeiamts zur Gewährung einer Sondervergütung für Hilfspolizisten u.a. die Wachmannschaft des KZ Oberer Kuhberg. Quelle: HStA Stuttgart E 151/01 Bü 793.

die nach dem Dienst in den frühen KZ in keine weiteren nationalsozialistischen Karrieren mündeten, da hier keine weiteren einschlägigen Akten wie z. B. von Spruchkammerverfahren vorliegen. Mit Blick auf die Wachmänner mit einer weiteren NS-Karriere lassen sich grob zwei Gruppen bilden. Die erste Gruppe bestand aus Wachleuten, die schon in der Weimarer Zeit Polizisten waren. Für sie war ihre Tätigkeit im KZ Oberer Kuhberg nur eine Etappe in ihrer Beamtenkarriere, die auch zu anderen staatlichen Stellen führen konnte, so etwa beim Heidenheimer Wachmann Karl Förster, der später beim Zoll arbeitete. Für die zweite Gruppe ermöglichte die Beschäftigung als Hilfspolizist in den frühen KZ den Einstieg in eine NS-Polizeikarriere, wie etwa für Johann Sax, der zunächst als Arbeitsloser im KZ Heuberg anfing und später als Gestapo-Beamter im KZ Welzheim tätig war. Ähnlich verlief auch die Karriere von Anton Dehm. Als gelernter Bäcker und seit 1931 SA-Mitglied, war die Tätigkeit als Wachmann sein Einstieg in ein neues Berufsfeld. Nach Schließung des KZ Oberer Kuhberg war er zunächst wieder in der Privatwirtschaft tätig, bevor er ab November 1937 Wachmann im KZ Welzheim wurde und damit Gestapo-

Beamter. Vor allem in der Endphase des Krieges war er als letzter Leiter des Gestapo-Gefängnisses „Hotel Silber“ verantwortlich für Morde an Häftlingen, u.a. auch französischer Zivilisten, für welche er nach dem Krieg in Frankreich angeklagt und verurteilt wurde. Für Dehms Lebensweg nach 1945 lassen sich Parallelen zur Biografie des Lagerkommandanten Karl Buck ziehen, der ebenso wie Dehm in seiner französischen Haft durch eine Behörde der Bundesrepublik betreut wurde, der „Zentralen Rechtsschutzstelle“. Ihre Überlieferung im Bestand des Bundesarchiv Koblenz lässt die Unterstützung nachvollziehen, die NS-Tätern in der jungen Bundesrepublik von behördlicher Seite entgegengebracht wurde.

Die Recherchen des DZOK in der verstreuten Überlieferung zu den frühen KZ in Württemberg sind ein fortlaufender Prozess, dessen Ergebnisse in die tägliche Vermittlungsarbeit am historischen Ort einfließen, aber auch, z. B. mit der erweiterten Online-Häftlingsdatenbank, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Mittelfristig sollen die einzelnen Überlieferungssplitter in eine Gesamtdarstellung eingebunden und veröffentlicht werden.

Neue Erkenntnisse zu Karl Buck

Im Rahmen einer Masterarbeit untersuchte der Autor das Leben des einstigen Kommandanten des KZ Oberer Kuhberg. Hier stellt er Bucks Sozialisation in ein nationalsozialistisches Netzwerk vor 1933, seine Kommandantentätigkeit von 1933 bis 1945 sowie das Betreiben seiner Haftentlassung durch Alt-Nazis in der „Zentralen Rechtsschutzstelle“ in den Mittelpunkt.

Paul Timm

Karl Buck wurde am 17. November 1893 in Stuttgart geboren. Nach einer Ausbildung zum Mechaniker trat er 1913 dem Militär bei und schlug im Ersten Weltkrieg eine Offizierslaufbahn ein. Im Kriegseinsatz mehrfach schwer verwundet, nahm Buck 1920 nach einem Studium eine Ingenieurstelle in einem Zementwerk an. Im selben Jahr heiratete er. Von 1921 bis 1930 folgten längere berufliche Auslandsaufenthalte in Portugal und Chile. Eine Tochter wurde 1923 auf Madeira geboren. Infolge der kriegsbedingten Verletzung musste Buck 1930 in Chile sein linkes Bein amputieren lassen und nach Deutschland zurückkehren. Die schwere körperliche Beeinträchtigung markierte im Leben Bucks eine einschneidende Zäsur.

Während Buck in Südamerika gute berufliche Perspektiven hatte, bedeutete die körperliche Einschränkung und die damit verbundene Rückkehr



Karl Buck als Zeuge im Prozess gegen den ehemaligen badischen Gauleiter Robert Wagner, 1946. Quelle: Archiv DZOK Ulm.

nach Stuttgart in Zeiten der Weltwirtschaftskrise 1930 einen gesellschaftlichen Abstieg. Zunächst arbeitslos, zog er 1931 zu seiner älteren Schwester nach Welzheim auf die Schwäbische Alb, etwa 45 Kilometer von Stuttgart entfernt. Diese bot ihrem Bruder sowohl eine Unterkunft als auch den Eintritt in ein nationalsozialistisches Netzwerk. Buck freundete sich mit Carl Mayer, dem NSDAP-Ortsgruppenleiter sowie SA-Führer von Rudersberg, einer benachbarten Gemeinde von Welzheim, an. Am 1. Dezember 1931 trat er selbst in die NSDAP ein. Sein Umfeld in Rudersberg und Welzheim war stark nationalsozialistisch geprägt. Dieses Netzwerk bot dem gesundheitlich eingeschränkten und vom sozialen Abstieg bedrohten Buck auch beruflich neue Perspektiven. 1932 wurde Buck NSDAP-Kreisleiter in Welzheim und wechselte unter Vermittlung seines Bruders, der seit 1920 bei der Kriminalpolizei in Stuttgart arbeitete, zur Politischen Polizei Württemberg. Diese wurde im Frühjahr 1933 zur führenden Verfolgungsinstanz gegen die politische Opposition.

Von 1933 bis 1945 übernahm Karl Buck Kommandantenstellen in den frühen Konzentrationslagern Heuberg und Oberer Kuhberg sowie von 1935-1940 in Welzheim, das ab 1935 als „Hausgefängnis“ der Stuttgarter Gestapo diente und eine Drehscheibe in das zentralisierte KZ-System war. 1940 ernannte der Gauleiter des Elsass, Robert Wagner, Buck zum Kommandanten des „Sicherungslagers Schirmeck-Vorbruck“ im Elsass, welches als „Umerziehungslager“ für die dortige Bevölkerung im Zuge der rassistischen Germanisierungspolitik und als Konzentrationslager diente. Wagner, der 1933 auch maßgeblich für Inhaftierungen im KZ Heuberg verantwortlich war, und Buck kannten sich schon seit den frühen 1930er Jahren. 1944 wurde Buck noch zum SS-Hauptsturmführer sowie zum „Inspizienten der Konzentrationslager Süd-West“ ernannt, ehe er im Mai 1945 nahe des Bodensees von französischen Truppen festgenommen wurde. Sein „Stil“ als Kommandant war von unvorstellbarer Brutalität und Skrupellosigkeit gegenüber den Inhaftierten geprägt. Zu allen Lagern finden sich Häftlingsberichte, die Bucks Verantwortung für die Radikalisierung der Gewalt bezeugen, welche im Elsass zuneh-

mend mit dem Tod der Inhaftierten endete.

1946 wurde Karl Buck in Wuppertal von einem britischen und 1947 in Rastatt von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt, die Urteile aber nie vollstreckt. Für Buck folgten mehrere Aufenthalte in verschiedenen Militärgefängnissen, ehe er 1953 von einem Militärgericht in Frankreich erneut zum Tode verurteilt wurde. Auch dieses Urteil wurde nicht vollstreckt. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen gab es Verfahrensfehler, weswegen der Prozess wenige Monate später erneut abgehalten wurde. Zum anderen gab es in Frankreich nur noch formaljuristisch die Todesstrafe, sie wurde allerdings seit 1951 nicht mehr vollstreckt. Stattdessen wurde Buck zur zwanzigjährigen Zwangsarbeit verurteilt, aber schon 1955 vollständig begnadigt und an die BRD überstellt.

Seit 1950 wurde Karl Buck rechtlich von einer staatlichen Institution unterstützt. Die im selben Jahr gegründete „Zentrale Rechtsschutzstelle“ war zunächst dem Bundesjustizministerium und später dem Auswärtigen Amt angegliedert und übernahm die Koordination aller Rechtsschutzangelegenheiten von inhaftierten vermeintlichen Kriegsverbrecher*innen. Die staatliche Behörde war dabei durchsetzt von Alt-Nazis: Ihr Leiter, Dr. Hans Gawlik, war während der NS-Zeit unter anderem am Gaugericht Niederschlesien tätig und vertrat u.a. die Meinung, alle alliierten Strafverfahren gegen Deutsche seien Unrecht. Auch seine beiden wichtigsten Mitarbeiter waren ehemalige NS-Juristen, welche unter anderem SS-Ehrenmitglieder und SD-Angehörige waren. Ebenso wurde Bucks endgültige Begnadigung 1955 dabei teilweise von ehemaligen NS-Juristen entschieden: So waren zwei Juristen, welche im sogenannten „Reichstagsbrandprozess“ verwickelt waren, dort maßgebliche Entscheidungskräfte. Nach 1955 gab es vor allem durch die Lagergemeinschaft Heuberg-Kuhberg-Welzheim starke Bemühungen, Buck vor ein bundesdeutsches Gericht zu stellen, welche allerdings nicht erfolgreich waren, sodass Karl Buck 1977 im Alter von 83 Jahren in Rudersberg verstarb, ohne jemals wegen seiner Verbrechen in den Lagern Heuberg, Kuhberg und Welzheim angeklagt worden zu sein.

Im Vergleich mit anderen Biografien ehemaliger KZ-Kommandanten fällt auf, dass Bucks Lebensweg sowohl typische als auch atypische Merkmale beinhaltet: Während viele seiner „Kollegen“ sich bereits in den frühen Krisenjahren der Weimarer Republik in völkisch-antisemitischen Zirkeln politisch radikalisierten und ihre Netzwerke auch schon früh innerhalb der SA oder SS knüpften, war Buck zu dieser Zeit im Ausland. Ob er sich dort politisch äußerte oder betätigte, ist aufgrund fehlender Quellen nicht feststellbar. Buck

vollzog die politische Radikalisierung in den späten Krisenjahren der Weimarer Republik. Als typisch dürfte dann die Radikalisierung seiner Kommandantentätigkeit in den Jahren zwischen 1933 und 1945 sowie die Bemühungen um seine Amnestie in den 1950er Jahren einzuschätzen sein.

Die diesen Ausführungen zugrundeliegende Masterarbeit stützte sich im Wesentlichen auf neu gesicherte Quellen zu Bucks Leben. Diese bestehen zum größten Teil aus Dokumenten der „Zentralen Rechts-

schutzstelle“ und beinhalten neben persönlichen Briefen von Buck auch behördliche Berichte. Prozessunterlagen sowie entlastende Aussagen von Bucks Unterstützer*innen sind in diesem Konglomerat ebenfalls enthalten. Doch auch Dokumente, die sich im Archiv des DZOK befinden, bildeten eine zentrale Grundlage der Arbeit. Aufgrund fehlender Ego-Dokumente sowie der spärlich gesäten Quellen zu seinem Leben vor 1933 bleiben dennoch viele Fragen zu Karl Buck unbeantwortet.

Neue Häftlingsbiografie

„José“ Walter Hirsch (1908-1961)

Die neue Online-Häftlingsdatenbank des DZOK ermöglicht erste Einblicke in die Biografien von inhaftierten Männern und Frauen in den frühen württembergischen Konzentrationslagern Heuberg, Oberer Kuhberg und Gotteszell. Der Autor hat die berührende Biografie von Walter Hirsch – Sozialdemokrat, Reichsbanner-Mitglied, KZ-Häftling, Spanienkämpfer und Flüchtling – durch weitere Recherchen ergänzt und stellt sie hier vor.

Ángel Ruiz Kontara

Josef Walter Hirsch kam am 2. Mai 1908 als einziger Sohn der jüdischen Kaufleute Gustav und Klara Hirsch in Speyer auf die Welt. Bereits als Kleinkind zog er mit seinen Eltern nach Reutlingen, wo sie ein Konfektionsgeschäft mit Werkstatt und Zuschneiderei übernahmen. Der Verlust seines Vaters, der im Ersten Weltkrieg starb, prägte ihn für sein ganzes Leben. Seine Mutter heiratete nach dem Krieg Alfred Hamburger, einen Kaufmann aus Aschaffenburg, die Familie war so finanziell abgesichert. Hirsch besuchte die Volks- und Oberrealschule in Reutlingen und die Handelsschule in Nürnberg. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre versuchte er nach Argentinien zu emigrieren. Er fuhr als blinder Passagier nach Buenos Aires, wurde dabei ertappt und nach Deutschland in der Polizeigewahrsam geschickt. Seit diesem Vorfall nannte er sich selbst José Walter Hirsch.

Nach der gescheiterten Emigration arbeitete Walter Hirsch als Textilkauf-



Erna und Walter Hirsch im Frühjahr 1945 in der Schweiz. Quelle: Oesterle, Kurt: Retende Flucht, bittere Heimkehr. In: Reutlinger Geschichtsblätter 1995 (34), S. 125–159.

mann in Bad Oeyenhausen, in Mainz und auch bei der Firma J. Kochmann in Ulm. 1932 war er als Reisevertreter bei der Firma Schönfeld-Dittmann in Nürnberg tätig, die er aufgrund immer stärker werdenden antisemitischen Tendenzen verließ und nach Reutlingen zurückzog, wo er im elterlichen Geschäft als Verkäufer eine Stellung erhielt.

Bereits als junger Mann war Walter Hirsch politisch aktiv. Während sein Stiefvater deutschnational orientiert war, trat Walter Hirsch der SPD bei und schloss sich dem Reichsbanner an, einem Kampfbund zur Verteidigung der Weimarer Republik. Dabei kam es oft zu Auseinandersetzungen

mit lokalen Nationalsozialisten. Anfang der 1930er Jahre lernte er die junge Näherin Erna kennen. Trotz Ablehnung ihrer beiden Familien (Erna stammte aus einer nichtjüdischen Arbeiterfamilie) verlobte sich das junge Paar und bereitete seine Hochzeit vor. Ein Grund, weshalb Erna nach der Machtübertragung der Nationalsozialisten öffentlich ausgegrenzt und 1933 ins Gefängnis gebracht wurde. Erst als sie und Hirsch Ende 1933 das Aufgebot zurückzogen, kam sie frei. Hirsch selbst wurde im März 1933 wegen seiner Zugehörigkeit zum Reichsbanner verhaftet. Er blieb einige Wochen im Gerichtsgefängnis Reutlingen, bis er am 3. April 1933 ins KZ Heuberg gebracht wurde. Als jüdischer Gefangener wurde er besonders schikaniert, insbesondere vom Reutlinger Wachmann Buchert. Hirsch berichtet später: „So wurde ich zum Beispiel zu einem Einzelkommando bestimmt und musste dort die Brillen der Latrine mit meiner Zahnbürste scheuern! Hierzu erbat ich einen Lappen. Daraufhin nahm Buchert dem Wachposten den Karabiner ab und schlug damit auf mich ein. Hierbei erlitt ich eine schwere Rückgratverletzung. Ich wurde dann zum Lagerkommando geschleppt. Dort musste ich eine Erklärung unterschreiben, in welcher ich bestätigte, dass ich keinerlei körperliche Misshandlungen während meiner Haftzeit erlitten habe.“ Im Herbst 1933 erhielt Hirsch Erlaubnis vom Lagerkommandanten Buck, seine Heimat für 6 Tage zu besuchen. Zweck des Urlaubs war, bei seinen Eltern Geld für die Haftkosten aufzutreiben, die er als Häftling selbst begleichen musste.

Diese Chance auf Freiheit nutzte Hirsch und floh mit seiner Verlobten über die Schweiz nach Spanien.

Das junge Paar fuhr zum Jahreswechsel 1933/34 mit dem Zug nach Barcelona, wo zwei Vettern von Hirsch lebten. Erna begann bald als Näherin zu arbeiten, Walter war als Verkäufer in einer Maschinenfabrik tätig. Trotzdem waren sie auf die Unterstützung der Israelitischen Gemeinde Barcelonas angewiesen. In den folgenden Jahren übernahm Walter Hirsch verschiedene Jobs: als Kalendermaler, Dolmetscher, Fotograf und Chauffeur bei einer Filmgesellschaft. Am 11. Mai 1935 heiratete das Paar im kleinen Kreis.

Mit Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges im Juli 1936 meldete sich Hirsch bei der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo), zudem trat Hirsch der Gruppe DAS (Deutsche Anarchosyndikalisten) bei, einer Organisation deutscher politischer Flüchtlinge in Barcelona, die die Ausbreitung des Nationalsozialismus in der Region überwachte und die Aufnahme deutscher Freiwilligen für die republikanischen Truppen koordinierte. 1937 kämpfte Hirsch mit einer neuen anarchistischen Miliz bei Saragossa gegen die faschistischen Truppen.

Im Oktober 1937 befand sich Hirsch wieder in Barcelona und wurde in seiner Wohnung festgenommen. Seine Verhaftung stand im Zusammenhang mit internen Auseinandersetzungen der verschiedenen linken Strömungen auf Seiten der Verteidiger der Republik. Hirsch wurde ins Stadtgefängnis und von dort nach „Klein-Sibirien“, ein Lager nörd-

lich von Figueras, gebracht. Durch einen Bombenangriff verletzt, wurde Hirsch nach Barcelona ins Krankenhaus transportiert, wo ihm die Flucht aus dem Gewahrsam gelang. Im Januar 1939 machten sich Walter und Erna Hirsch mit tausenden Menschen, Zivilisten und Soldaten, auf den Weg nach Frankreich, immer auf der Flucht vor dem bevorstehenden faschistischen Sieg.

In Frankreich wurde Hirsch, wie viele Flüchtlinge aus Spanien, im Lager Gurs interniert. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Hirsch im April 1940 zu Hilfsdiensten eingezogen und an der französisch-belgischen Grenze zu Befestigungsarbeiten eingesetzt. Nach der französischen Niederlage floh er in den Süden und versuchte unterzutauschen. Währenddessen befand sich seine Frau Erna im Lager Argelès-sur-Mer, wo sie falsche Papiere für beide erhielt. Das Ehepaar floh im Oktober 1942 in die Schweiz. Dort wurde Hirsch als politischer Flüchtling durch das sozialdemokratische Schweizerische Arbeiterhilfswerk anerkannt und arbeitete bei der sozialdemokratischen Tageszeitung „Freie Inner-schweiz“.

Mit dem Ende des Krieges kehrte das Ehepaar nach mehr als 11 Jahren auf der Flucht zurück nach Reutlingen, eine schwierige Wiederkehr. Sie erfuhren, dass Walters Eltern nach Theresienstadt deportiert worden waren. In der Nachkriegszeit versuchte Walter Hirsch politisch tätig zu werden, um beim Wiederaufbau und der Entnazifizierung mitzuhelfen, eine Stelle bei der französischen Militärregierung lehnte er jedoch ab. Das Ehepaar

Hirsch bekam zahlreiche Besuche ehemaliger Opfer und Hirsch dokumentierte deren Erinnerungen akribisch. Seine Nachforschungen zur NS-Verstrickung u.a. des kommissarischen Oberbürgermeisters Kalbfell (ehemaliger Heuberger Häftling) wurden von den Franzosen nicht weiterverfolgt. Seine Hartnäckigkeit und die Mithilfe bei der Flucht eines ehemaligen Reutlinger Schulfreundes aus französischer Haft brachten ihn in Konflikt mit der Militärregierung. Dafür wurde zunächst er wieder im Reutlinger Polizeigefängnis inhaftiert, in dem er bereits unter der NS-Diktatur eingesperrt war. 1947 musste er sich für drei Monate im politischen Haftlager Balingen eine Zelle mit deutschen Kriegsverbrechern teilen. Als er entlassen wurde, erhielt er in Reutlingen ein Stadtverbot. In der Folge versuchte Walter Hirsch, seine Frau zu überzeugen, Deutschland zu verlassen. Sie weigerte sich, und das Ehepaar ließ sich scheiden.

In den 1950er Jahren versuchte Hirsch einen neuen Anfang, er arbeitete als Verkäufer in Stuttgart und gründete später ein Textilgeschäft in Ulm. Hier wurde er 1956 erneut Opfer des Antisemitismus, als das Schaufenster seines Textilgeschäfts mit Hakenkreuzen und Davidstern beschmiert und die Reifen seines Autos zerstoßen wurden. Er heiratete erneut, die Ehe ging nach wenigen Jahren in die Brüche, eine Tochter starb bald nach der Geburt. Obwohl Hirsch an schweren Depressionen litt, arbeitete er in Stuttgart als Dolmetscher für spanische Gastarbeiter weiter. Walter Hirsch starb am 6. August 1961 in einem Stuttgarter Krankenhaus.

INTERESSIERT AN EINER MITARBEIT IM DZOK?

Wir suchen fortlaufend neue Ehrenamtliche!

Wir sind immer auf der Suche nach Freiwilligen, die uns bei unseren vielfältigen Aufgaben unterstützen. In Abstimmung zu Ihren persönlichen Interessen und zeitlichen Ressourcen suchen wir gemeinsam eine passende Aufgabe. Es erwartet Sie ein engagiertes Team, eine offene Atmosphäre, ein kreatives Klima und viele neue Erfahrungen.

Melden Sie sich gerne zu einem Informationsgespräch bei uns unter: info@dzok-ulm.de oder 0731-21312. Wir freuen uns auf Sie!

Mögliche Arbeitsfelder:

Gedenkstätte:

- Aufsichten und Rundgänge nach inhaltlicher Qualifizierung

Archiv:

- Unterstützung der Archivarbeit
- Transkriptionen von Quellen

Bibliothek:

- Erschließung neuer Bücher
- Datenbankpflege

Für Zupacker*innen:

- Transport, Fahrdienste, Grünarbeiten

Für Netzwerker*innen:

- unsere Arbeit/Ziele kommunizieren
- Betreuung von Ständen, Veranstaltungen

Für Spender*innen und Fundraiser:

- Einmalige und regelmäßige Spenden für den laufenden Betrieb oder einzelne Projekte

Resonanz und neue Impulse

Ein Update aus der Perspektive des DZOK zu den laufenden Aktivitäten mit einer herzlichen Einladung zum Besuch.

Annette Lein, Nicola Wenge

Wie das DZOK an die Geschehnisse vor 90 Jahren erinnert, bildete bereits das Schwerpunktthema der letzten Mitteilungen. Im Zentrum stand die Eröffnung der bundesweiten Gemeinschaftsausstellung „Auftakt des Terrors“ der AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager (AGGOK). Die bundesweite Resonanz auf Ausstellung und Thema und die starke Nutzung des Informations- und Bildungsprogramms beflügelte uns in unseren Aktivitäten.

Ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Ausstellungsergebnisse konnte schon im Sommer gegangen werden. Eine fünfköpfige Redaktionsgruppe der AGGOK erstellte gemeinsam mit Gestalter Berthold Weidner und Verleger Uli Klemm einen Ausstellungskatalog in der Schriftenreihe des DZOK. Die Publikation umfasst alle Inhalte und funktioniert als Zusammenschau auch unabhängig von der Ausstellung. Wir haben den Katalog in Ulm zur Kulturnacht vorgestellt. (s. zum Katalog S. 12).

Zahlreiche Besucher*innengruppen haben seit Februar die Sonderausstellung besucht oder ihr Kommen für die nächsten Wochen angemeldet. Im Rahmen von Kurator*innen-, Kombi- und Sonderführungen beschäftigen sich Geschichtsinitiativen aus dem ganzen Land, kirchliche und Gewerkschaftsgruppen, Studierende, internationale Jugendgruppen und Schulklassen über den historischen Ort des KZ Oberer Kuhberg hinaus mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der frühen Konzentrationslager. Besonders berührt die Gäste die enorm schnelle Zerstörung der Demokratie und wie öffentlich der Auftakt des Terrors inszeniert wurde. Bei unseren pädagogischen Angeboten erweisen sich die von der AGGOK erstellten Erschließungsbögen zur Erkundung der Ausstellung, die Durchführung von Workshops und ein Glossar, das Begriffe und Fakten über einen QR-Code erklärt, als hilfreich. Wir verschränken sie mit unseren hausinternen Vermittlungsangeboten und Inhalten, um konkrete Ortserfahrung und ver-

gleichende Diskussion zu übergeordneten Fragestellungen zu erleichtern. Das ist eine echte Perspektivenerweiterung.

Es gibt zudem individuell zugeschnittene Angebote für Multiplikator*innen wie Lehrkräfte und Lehramtsreferendar*innen, mit denen wir die Konzeption und den didaktischen Einsatz der Ausstellung am historischen Ort gewinnbringend diskutieren.

Vertiefende Einblicke liefert die laufende Vortragsreihe mit Kolleg*innen aus der Bundesrepublik, die spezifische Aspekte der frühen Konzentrationslager aus der Perspektive ihrer jeweiligen Erinnerungsorte darstellen und zugleich in einen größeren Zusammenhang stellen. Im September sprach Dietmar Sedlaczek zum Thema Widerstand und Verfolgung von Frauen am Beispiel des KZ Moringen. Melanie Engler präsentierte im Oktober historische Perspektiven und Zukunftsvisionen der Erinnerungsarbeit in dem sächsisch-anhaltinischen Renaissanceschloss

staltungen zum 90. Jahrestag der Errichtung des KZ Oberer Kuhberg, die wir am Volkstrauertag begehen: Bei der Gedenkstunde für den Widerstand und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 19. November um 11 Uhr führt Nicola Wenge in die lokalen Geschehnisse ein, bevor Hauptredner Jens Christian Wagner, Direktor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, die weitere Entwicklung der Konzentrationslager darstellt. Danach gibt es die Gelegenheit, gemeinsam nach Gleißelstetten zu laufen. Dort wird um 13.30 Uhr am ehemaligen Außenlager des KZ Oberer Kuhberg eine Erinnerungs- und Informationsstele der Öffentlichkeit übergeben. In einem 1902 erbauten Bunker befand sich von 1933 bis 1935 die Eingangs- und Strafstufe des KZ Oberer Kuhberg. Das Areal war wie das Hauptlager mit Stacheldraht umzäunt. Hier wurden die Häftlinge unmittelbar nach der Ankunft im Lager durch „Empfangs“- und Demütigungsrituale zutiefst in ihrer indivi-



Ehemaliges Außenlager Gleißelstetten, 2022

Lichtenburg bei Prettin, das von 1933 bis 1945 als Konzentrationslager genutzt wurde. Herzlich einladen können wir noch zum Vortrag von Christoph Thonfeld, KZ-Gedenkstätte Dachau. Es geht in diesem Vortrag am Beispiel Dachaus um die Täter in den frühen Konzentrationslagern. Einen Höhepunkt des Ulmer Bildungsprogramms bilden die Veran-

duellen Identität erschüttert und in den Lagerkosmos eingezwungen. „Gleißelstetten“ war auch ein Ort verschärften Strafvollzugs, der auf bedingungslose Unterwerfung unter die Lagergewalt abzielte. Die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge an „Gleißelstetten“ werden über einen QR-Code an der Stele abrufbar sein.

DZOK-Neuerscheinungen im Herbst 2023

Die hier vorgestellten Bücher eröffnen neue Perspektiven für Bildungsarbeit im deutsch-polnischen Dialog sowie für eine vernetzte Gedenkstättenarbeit an Orten ehemaliger früherer KZ. Sie wurden im September anlässlich des Antikriegstages bzw. der Kulturturnacht unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit präsentiert.

Annette Lein, Silke Maurmaier

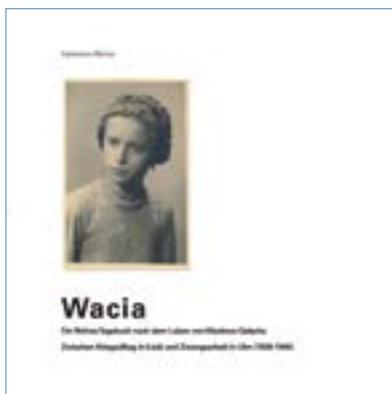
Die Autorin Katarzyna Bilicka bei der Buchpräsentation am 01.09.2023:

Ich habe dieses Buch für meine Mutter geschrieben. Um sie wissen zu lassen, dass ich mich erinnere und dass diese Erinnerung nicht verloren gehen wird. Ich habe es für mich selbst geschrieben. Um das Trauma meiner Mutter und mein eigenes zu bewältigen. Ich habe es für meine Kinder geschrieben. Damit sie die Botschaft von Vergebung und Toleranz weitergeben.

Es war ganz still im Raum, als die Autorin diese eindringlichen Worte in dem mit 50 Menschen gut gefüllten Raum in der Büchseengasse 13 sprach. Sie war mit ihrem Mann zur Buchpräsentation nach Ulm gekommen, auch um ein Statement für deutsch-polnische Versöhnungsarbeit abzugeben.

Das 60-seitige fiktive Kriegstagebuch berichtet aus der Perspektive eines jungen Mädchens vom Schrecken des Zweiten Weltkriegs, von der deutschen Besatzung Polens und der Zwangsarbeit in Ulm. Der Text basiert auf den Erinnerungen von Wacława Gałązka, die 1929 in Łódź geboren wurde und 2022 in ihrer Heimatstadt verstarb.

Der von Ilona Waloszczyk aus dem Polnischen übersetzte und vom DZOK sorgfältig edierte Text erschien im September 2023. Das Buch ist das Ergebnis eines fast 2-jährigen Redaktionsprozesses. Kurze Kapiteleinführungen, jugendgerecht aufbereitete zusätzliche Materialien wie ein Personenverzeichnis, persönliche Fotos aus dem Leben von Wacława Gałązka, ein Glossar und ein Gespräch zwischen der Autorin und der DZOK-Leiterin Nicola Wenge entstanden in diesem Zeitraum. Die Zusatzmaterialien kontextualisieren die historisch-



biografischen Hintergründe und laden zur Auseinandersetzung mit der literarischen Verarbeitungsform ein. Das DZOK öffnet mit diesem Zeugnis der zweiten Generation zum Kriegsalltag im deutsch besetzten Polen und zur Zwangsarbeit in Ulm ein Dialogfenster für Annäherung und Austausch in Zeiten eines schwierigen deutsch-polnischen Verhältnisses. Das Buch soll ein Botschafter sein, wie die Autorin es formuliert hat, für ihre Familie, für Vergebung und Toleranz und soll den über Jahrzehnte geführten Dialog über Geschichte und Gegenwart in Ulm und Łódź weiterbefördern. In diesem Sinn plant das DZOK in Kooperation mit dem Haus der Begegnung in Ulm für 2024 eine Veranstaltungsreihe mit Katarzyna Bilicka und Ulmer*innen. Außerdem loten wir aktuell Möglichkeiten eines Begegnungsprojekts mit Jugendlichen an Ulmer und Łództer Schulen aus.

Auch bei der zweiten DZOK-Neuerscheinung handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt, den Katalog zur Ausstellung „Auftakt des Ter-

rors: Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ hat die Arbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager“ (AGGOK) ebenfalls im September herausgegeben. An der Umsetzung des Katalogprojekts waren das Stuttgarter Gestalterbüro Weidner Händle Atelier und Verleger Ulrich Klemm maßgeblich beteiligt.

Der 127-seitige Katalog präsentiert die Inhalte der Ausstellung in Buchform. Die Gliederung und die klare grafische Gestaltung des Begleitbands orientieren sich eng an der Ausstellungsgestaltung. In zehn Kapiteln wird der Bogen vom Weg in die Diktatur bis zum Gedenken nach 1945 gespannt. Dabei veranschaulichen viele Fotos und schriftliche Zitate Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede der Örtlichkeiten und des Haftalltags. Zwischen den Kapiteln sind jeweils Doppelseiten mit Fotos der Ausstellung an den verschiedenen Ausstellungsorten eingefügt, was den dezentralen Charakter des Projekts unterstreicht und eine visuelle Verortung zu den, zum Teil nicht so geläufigen, Namen auf der Liste der teilnehmenden Erinnerungsorte schafft.

Der Katalog ist mehr als nur eine Ergänzung zur Ausstellung. Als prägnante und übersichtliche Darstellung zentraler Aspekte zum Thema „Frühe Konzentrationslager“ eignet er sich auch zur Einführung und als Überblickswerk. Der Katalog kontextualisiert Ausstellungsbesuche, ermöglicht das Studium der zum Teil erstmalig veröffentlichten Quellen aber auch ortsunabhängig.

Beide Bücher sind über das DZOK zu beziehen und auch in Buchhandlungen erhältlich.



KASTEN

Katarzyna Bilicka: Wacia: Ein fiktives Tagebuch nach dem Leben von Wacława Gałązka. Zwischen Kriegsalltag in Łódź und Zwangsarbeit in Ulm (1939-1945). Herausgegeben von Dr. Nicola Wenge, DZOK. Ulm. 2023, 84 S., 8 €.

Auftakt des Terrors: Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus. (Hrsg.): Arbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager“ Ulm (Klemm+Oelschläger) 2023, 127 S., 9,80 €.

„Engagiert und couragiert Wissen vermitteln“

Interview mit DZOK-Guide Carmen Špalj

Carmen Špalj arbeitet seit einem Jahr als Guide beim DZOK. Sie unterrichtet an einer beruflichen Schule in Ulm Geschichte mit Gemeinschaftskunde und Deutsch und hat eine zweistündige Abordnung pro Woche für die Gedenkstättenarbeit. Hier beantwortet sie einige Fragen zu ihrer Tätigkeit.

Annette Lein im Gespräch mit Carmen Špalj

Liebe Carmen, seit einem Jahr arbeitest du als Guide in der KZ-Gedenkstätte. Wie kam es dazu, dass du bei uns mitarbeitest und was ist dein Motiv dafür?

Seitdem ich vor neun Jahren nach Ulm gezogen bin, besuchte ich regelmäßig Veranstaltungen des DZOK. Zuvor hatte ich noch nie etwas von dem Konzentrationslager Oberer Kuhberg gehört. Aber ich war beeindruckt, wie engagiert und couragiert das DZOK historisches Wissen vermittelte. Besonders gefallen hat mir dabei, dass auch immer wieder aktuelle gesellschaftspolitische Debatten aufgegriffen wurden.

Dass am historischen Ort die Zerstörung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt steht, ist mir ein wichtiges Anliegen. Bevor ich nach Ulm gezogen bin, habe ich eineinhalb Jahre in Kairo gearbeitet. In der Zeit herrschte zunächst große Aufbruchsstimmung in dem Land. Kurz danach wurden die Hoffnungen der Demokratieaktivist*innen enttäuscht. Das Militär setzte sich durch, die Repressionen gehörten schnell wieder zum Alltag. Diese Zeit hat mich geprägt und mich sensibilisiert für die Zerbrechlichkeit der Demokratie. Außerdem hat es mir vor Augen geführt, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist und man für diese einstehen muss. Das DZOK bietet einen wichtigen Raum, um mit jungen Menschen ins Gespräch über den Wert von Beteiligungsrechten und Rechtsstaatlichkeit zu kommen. Als ich nach Besuchen mit Schülergruppen an der Gedenkstätte gefragt wurde, ob ich mir eine Mitarbeit vorstellen könnte, musste ich also nicht lange überlegen.

Kannst du den Leser*innen beschreiben, was du als Guide machst?

Die Hauptaufgabe sind Führungen für Jugendgruppen in der Gedenk-



Carmen Špalj als Guide in der Dauerausstellung, 2023. Foto: Archiv DZOK Ulm.

stätte. Dabei ist es wichtig, den Inhalt an verschiedene Stufen des Vorwissens, der Sprachkenntnisse und Altersgruppen anzupassen. Als großen Vorteil sehe ich, dass der Ort selbst so wirkungsvoll ist. Dadurch, dass das Gebäude mit den einzelnen Funktionsbereichen des ehemaligen KZ einen unmittelbar räumlich wahrnehmbaren Bezugsrahmen für Schüler*innen bildet, fällt es ihnen meines Eindrucks nach leichter, sich vorzustellen, wie die Unterdrückung an diesem Ort vonstattenging. Meine Rolle besteht in der Vermittlung und Übersetzung des Sichtbaren in den Verstehenshorizont der Jugendlichen. Dafür ist neben der Anlage selbst auch die Ausstellung sowie die Arbeit mit historischen Quellen und Biografien wichtig. Es macht Spaß, den Jugendlichen zu zeigen, dass eine Gedenkstätte kein verstaubter, langweiliger Ort ist, sondern eine eindrückliche Erfahrung ermöglicht.

Welche Grundsätze hast du bei der pädagogischen Arbeit am Erinnerungsort in deiner Rolle als Guide?

Mir ist wichtig, die Jugendlichen nicht zu überwältigen und ihnen die Relevanz des Ortes begreifbar zu machen. Die Erinnerungskultur ändert sich natürlich durch das Wegsterben der Zeitzeug*innen. Daher ist es notwendig, eine neue Erinnerungskultur zu etablieren, die Orte als Zeitzeugnisse stärker zu bewahren und zu öffnen und durch biografisches Arbeiten konkrete Beispiele aufzuzeigen, wie die Menschen dort gelitten haben und wie dies ihr Leben prägte, aber auch mit Angehörigen von Verfolgten, also Vertreter*innen der zweiten Generation, ins Gespräch zu kommen.

Wenn du auf die Perspektiven von Gedenkstättenarbeit schaust – was ist dir besonders wichtig: einerseits vor dem Horizont deines konkreten Berufsfeldes in einer beruflichen Schule, andererseits vor dem unmittelbaren Gestaltungsraum gedenkstättenpädagogischer Angebote?

Durch meine Fächerwahl liegt natürlich ein Fokus auf dem Thema Nationalsozialismus. Und ich denke, dass die Vermittlung in der Schule und der Gedenkstätte eine jeweils andere ist und sie sich sehr gut ergänzen. In der Schule werden Grundlagen und im besten Falle auch erweitertes Wissen vermittelt. Hier in der Gedenkstätte ist die Verfolgung politisch Andersdenkender in der NS-Zeit für meine Schüler*innen viel unmittelbarer als im Unterricht erfahrbar. Das ist für mich eine wertvolle Möglichkeit, meine pädagogische Arbeit zu erweitern.

Außerdem lerne ich über die Gedenkstättenarbeit Menschen kennen, die ich in meinen Unterricht einladen kann und die diesen sehr bereichern. Ich habe den Eindruck, dass meine Schüler*innen von diesen persönlichen Gesprächen, etwa mit einer Tochter eines Auschwitz-Überlebenden oder einem Sohn jüdischer Remigrant*innen, dessen Eltern in den 1950er Jahren wieder nach Ulm zurückkehrten, sehr beeindruckt waren. Interessant war, dass die Schüler*innen in erster Linie die Perspektive dieser zweiten Generation interessiert – wie sie mit dem Schweigen der Eltern umgingen, wann sie anfangen, den Umfang der Geschehnisse zu verstehen etc. Diese Unmittelbarkeit der historischen Orte und der Erzählungen kann kein Geschichtsbuch erreichen.

Von Turmfalken und Tagebüchern

Von Juni bis Juli 2023 absolvierte Carina Besirske ein zweimonatiges Praktikum am DZOK. Hier teilt sie uns ihre Erfahrungen und Eindrücke mit.

Carina Besirske



Carina Besirske. Foto: privat.

Meine ersten Erfahrungen mit dem DZOK hatte ich schon vor meinem Praktikum während der Schulzeit gesammelt. Im Rahmen unseres Leistungskurses Geschichte durften wir an einem Rundgang durch die KZ-Gedenkstätte teilnehmen und die Regionalgeschichte Ulms unter diesem Aspekt weiter im Unterricht behandeln.

Zu Beginn des Praktikums stand ich noch vor der Entscheidung meiner beruflichen Zukunft. Mein Ziel war es, durch dieses freiwillige Praktikum einen Schritt weiterzukommen bei der Beantwortung der Frage: Werden die Geschichtswissenschaften meinen weiteren beruflichen Weg bestimmen? Eine Antwort auf diese Frage hatte ich nach den zwei Monaten – dazu aber später mehr.

Schon nach den ersten Tagen an meinem neuen Arbeitsplatz in der Büchsen­gasse 13 ahnte ich, dass die kommenden zwei Monate eine spannende und lehrreiche Zeit werden würden – dass ich im Verlauf einen Turmfalken aus den Kasematten retten würde, war mir zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht klar. Mich reizten am DZOK vor allem die vielseitigen Arbeitsschwerpunkte mit der gelebten Erinnerungskultur, der regionalen Forschung und dem breit aufgestellten pädagogischen Konzept.

Von Beginn an wurde ich vom hauptamtlichen Team der Büchse in die Arbeiten der verschiedenen Bereiche miteinbezogen. So durfte ich z. B. bei Führungen hospitieren, Social Media Posts für Veranstaltungen mit konzipieren und Korrekturen in die Online-Häftlingsdatenbank einarbeiten. Auch konnte ich sowohl durch persönliche Gespräche, als auch durch den Arbeitsalltag unterschiedliche Werdegänge und berufliche Perspektiven innerhalb der Geisteswissenschaften für mich selbst wahrnehmen und Impulse für meine eigene Zukunft

gewinnen. Für diese Möglichkeit bin ich sehr dankbar.

Besonders bereichernd empfand ich das Erleben der Rundgangskonzepte: hinter den Kulissen zu sehen, welche Gedankengänge und Fragestellungen in die Erarbeitung eines pädagogischen Begleitprogrammes einfließen.

Mitzuerleben, wie junge Schüler*innen auf unterschiedliche Weise ihr eigenes Führungskonzept entwickeln oder bei kreativen Aufgabenstellungen in Form von Fotografie und Zeichnung den Ort der Gedenkstätte, aber auch den historischen Ort des ehemaligen Konzentrationslagers wahrnehmen und ausdrücken. Gerade hier wurde für mich gleich zu Beginn sehr deutlich, dass die Arbeit im DZOK mehr ist, als „nur“ Klassen durch die Gedenkstätte zu führen – und dass selbst das nicht so einfach ist, wie mancher gerne denken möchte.

Denn zusätzlich zu den Führungen und täglichen Aufgaben leisten die Mitarbeiter*innen in der Büchsen­gasse 13 noch so viel mehr: die Teilnahme an stadtweiten Projekten wie dem „festival contre le racisme“, die (Mit-)Organisation von zahlreichen Veranstaltungen wie z. B. der Filmvorführung „Die Stille schreit“ (2019), Gespräche mit Angehörigen oder die Recherche von Familiengeschichten und-schicksalen.

Das hauptamtliche Team wird dabei

tatkräftig von vielen ehrenamtlichen Helfer*innen unterstützt. Unterschiedliche Motivationen, Hintergründe und Talente treffen hier aufeinander und arbeiten gemeinsam an einer Idee. Jeden Tag durfte ich erleben, mit wie viel Engagement und Empathie das haupt- und ehrenamtliche Team sich diesen Aufgaben widmet. Nicht nur einmal saß ich mit einem Lächeln am Schreibtisch und war dankbar, Teil dieses geschäftigen Treibens zu sein.

Der Höhepunkt und die größte Herausforderung meines Praktikums war aber die Publikation des Buches „Wacia – Ein fiktives Tagebuch nach dem Leben von Wacława Gałazka, zwischen Kriegsalltag in Łódź und Zwangsarbeit in Ulm (1939-1945)“. Fast die Hälfte meiner Praktikumszeit durfte ich der Realisation dieses Buchprojektes widmen und an allen Ecken und Enden mithelfen: von Bildrecherchen und Textformulierungen für die Einführungsseiten, über die graphische Erarbeitung einer Figurenkonstellation, (mehrfachem) Korrekturlesen der Texte, bis hin zu Titelauswahl und Layoutgestaltung.

Passend zum Ende meiner Zeit im DZOK, gingen auch die Druckdaten in Richtung Druckerei. Zur Buchpräsentation am 1. September 2023 – dem Jahrestag des Überfalls auf Polen durch die Deutschen – war es mir eine besondere Freude als Beteiligte an der Lesung wieder in die Büchsen­gasse 13 zurückzukehren und das fertige Buch in Händen halten zu können.

Mein Praktikum beim DZOK hat alle Erwartungen übertroffen. Ich durfte mit viel neuem historischen Wissen, einem Einblick in ein wunderschönes Berufsfeld und noch mehr Interesse an meinem bisherigen Hobby wieder nach Hause zurückkehren. Ich möchte dem gesamten DZOK-Team von Herzen danken, dass ich so freundlich aufgenommen wurde und so viel lernen und miterleben durfte! Ein Geschichtsstudium ist es final (trotz aller Bemühungen) nicht geworden, allerdings werde ich immer gerne nach Ulm und an das DZOK zurückkehren. Vielen Dank.

Besteht Demokratie?

Der Autor reflektiert derzeitige Gefährdungen unserer Demokratie. Er kritisiert das bloße Aufzeigen der Schwächen der Demokratie, gegenseitige Diffamierungen oder satirische Überzeichnungen, liefert aber auch Beispiele, wie sie in Krisenzeiten geschützt werden kann.

Christian Schulz

Demokratie mit Fragezeichen? 2022 verzeichnete der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung erstmals seit 2004 mehr autokratische als demokratische Staaten. Gleichzeitig haben in vielen Autokratien Unterdrückung, Machtmissbrauch und die Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter zugenommen. Das Leiden unter den diversen Spätfolgen von Corona, die Angst vor dem Klimawandel, die nicht abreißenden Migrationsströme sowie die Belastung durch den Krieg in der Ukraine zeitigen krasse wirtschaftliche, soziale, psychische und politische Folgen – auch in Deutschland. Daher hat die Frage, ob unsere parlamentarische Demokratie die sichtbaren und voraussichtlichen Herausforderungen besteht, ohne Zweifel ihre Berechtigung.

Schon die Frage nach einer Definition, was überhaupt und ob Demokratie sei und wie sie garantiert werde, löst eine unübersichtliche und wenig zielführende Debatte aus. Manchen reicht es, die Demokratie auf ein politisches System oder eine Staatsform zu reduzieren. Natürlich ist sie auf die Existenz von Parlamenten, die Pluralität von Parteien, das Recht zu wählen angewiesen, doch erst in republikanischen Verhältnissen, gesicherter Rechtsstaatlichkeit und durch eine informierte Öffentlichkeit kann eine das Gemeinwesen betreffende politische Praxis ausgehandelt werden.

Wenn Demokratie aber über die letzten Jahre hinweg zu einer gefährdeten Lebensform geworden ist und wenn sie für die Bürger*innen ein mehr als wichtiges Gut darstellt, dann stellt sich die Frage, ob und wie sie sich wehren kann, um nicht „ein exemplarischer Fall von Bedeutungslosigkeit“ (Jean-Luc Nancy) zu werden. Die Idee einer „wehrhaften

Demokratie“ ist im Grundgesetz durch verschiedene Artikel verankert (Art. 79 Abs. 3; Art. 21 Abs.2; Art. 9 Abs. 2; Art 18; Art. 5 Abs. 3; Art. 33 Abs. 5) und kreist meist um die Frage eines Parteiverbots. Dieses wurde bisher 1952 gegen eine Nachfolgepartei der NSDAP und 1956 gegen die KPD durchgesetzt. Eine Grundrechtsverwirkung für Verfassungsgegner - in Art. 18 heißt es: „Wer die Grundrechte verletzt, der verliert seine eigenen Grundrechte.“ - hatte bisher keine Bedeutung, während ein Vereinsverbot (§ 3 Vereinsgesetz) schon häufiger Erfolg hatte. Doch reicht eine kodifizierte Verfassung, wenn viele Menschen die Zeit aus den Fugen sehen, wenn sie in Medien, Netzwerken, öffentlichen Narrativen Diskursverschiebungen in extreme Lager wahrnehmen und daraufhin Erklärungen formulieren und unterzeichnen, aktionistische Maßnahmen ergreifen?

Die gebetsmühlenartig wiederholten Anforderungen und Garantien der demokratischen Verfassungen, die familiär, pädagogisch, schulisch und medial vorgelebt, trainiert oder vermittelt wurden und werden (oder eben nicht!) reichen anscheinend nicht mehr aus, ihrerseits prodemokratisches Tun und Lassen zu garantieren.

Deshalb muss eine demokratische Gesellschaft wehrhaft bleiben. Weder anonymes Diskreditieren der Demokratie noch gewaltvolle Angriffe auf Parlamente sind akzeptierbar. Sich der Demokratie zu stellen, um ihre Stabilität und ihren Bestand sicherzustellen, das ist eine langsame und

nicht selten frustrierende, letztlich aber notwendige Angelegenheit, die sich nicht auf Imperativen ausruhen darf.

Gleichgültigkeit, Verunsicherung, Angst, Enttäuschungen, Verdrängung sind keine guten Ratgeber, das wissen alle, aber sie sind in vielen Bürger*innen wirksam – nicht selten demokratiefeindlich.

Deshalb muss schon im Vorfeld demokratieaffines Wissen, Denken und Handeln vermittelt, eingeübt, bewusst provoziert werden. Die Bundeszentrale sowie die Landeszentralen für politische Bildung fördern und unterstützen dafür politisches Bewusstsein. Sie müssen verstärkt dahin gehen, wo der Konsens brüchig wird.

Wie (und ob) dies in weit kleinerem Maßstab geleistet wird, das zeigen die folgenden, sehr unterschiedlichen Möglichkeiten, die – willkürlich ausgewählt – beispielhaft und unvollständig sind.

Wenn vor Ort, wie im DZOK in Ulm, eine Gedenkstätte besteht, die das Unrecht ab dem Jahre 1933 thematisiert und zeigt, wie schnell die erste deutsche Demokratie ausgehöhlt und dann zerstört werden konnte, so bietet sich ein solcher Un-Ort zur Reflexion über die Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat in der Gegenwart an.

Das Rollenspiel „Betzavta“, das hebräische Wort für Miteinander, wurde schon 1988 in Israel entwickelt und seit 1995 für die Bildungsarbeit in Deutschland angepasst. „Betzavta“ will demokratische Entscheidungs-



Satireserie „Freiheit ist das Einzige, was zählt.“ Quelle: ZDF

prozesse einüben, die jenseits eines Konsenses oder Kompromisses eine Win-Win-Situation ermöglichen, die neben die Argumentation auch das Gefühl der Beteiligten mitdenkt. Selbst wenn nicht gewährleistet ist, dass dieses Konzept angesichts der aktuellen, weltweit wirkenden Herausforderungen immer aufgeht, sollte solch ein Training – auch außerhalb der spezifischen Lernorte – angeboten werden.

Erwähnt sei auch ein provokantes Experiment von einer Gruppe von Verfassungsrechtlern in Berlin, die den Gedanken „Was wäre wenn?“ im Planspiel „Das Thüringen-Projekt“ ausloten und damit die Möglichkeiten einer Demontage der Demokratie durch in Wahlen an die Macht gekommene autoritär-populistische Parteien aufzeigen: Die Gewaltenteilung wird ausgeschaltet, ein Propagandakanal gegründet, demokratische Institutionen werden schachmatt gesetzt. Man fragt sich, ob ein solches Szenario für Extremisten nicht schon eine Handlungsanleitung ist. Ob es wirklich reicht, wenn eine demokratische Öffentlichkeit erfährt, welche Risiken bestehen? Müssen nicht die gewählten Entscheidungsträger aktiv

gegen die Schwachpunkte unserer Verfassung vorgehen?

Mit der Miniserie „Freiheit ist das Einzige, was zählt“ sorgt das ZDF für feuilletonistische Furore: Reichsbürger und ihnen Nahestehende proben die Machtübernahme. Ein König wird ausgerufen, Minister werden ernannt, Ritter geschlagen – und einkalkuliert sind Hunderttausende von Toten und Lager für die Gegner. Das sei finsterst, garstig, satirisch, grotesk, aber bei bester Unterhaltung so schauerlich und geschmacklos und entlarvend, dass allen der besondere Ernst der Lage bewusst werden müsste, zumindest nach Meinung der Macher und eines Teils der Kritiker. Der Schauer immer noch als kathartischer Effekt?

Ob nun didaktisch oder dystopisch, am Ende stellt sich immer wieder die Frage, ob unsere - vermehrt umfragenbasierte - Demokratie, in welcher oft die Schmährede überwiegt und die Rechte-Pflichten-Balance unausgewogen ist, konstruktiv weiter bestehen bleibt.

Vielerlei Un-Mut erschöpft sich in Diffamierungen. Dies befördert oben-dreien politisches Desinteresse, eine

sinkende Wahlbeteiligung, entmündigende Wahlergebnisse. Und dies schwächt und verunstaltet auf jeden Fall jene Demokratie, wie wir sie seit 1949 erleben und nach 1989 erneut finden durften. Bleibt das so, dann besteht unsere Demokratie kaum eine der ihr bevorstehenden Herausforderungen. Oder doch?

ANMERKUNG DER REDAKTION

Einen Mutmacher bietet die Oberbürgermeisterwahl im thüringischen Nordhausen vom 23. September. Dort wurde der Erfolg eines AfD-Kandidaten, der immer wieder Schlagworte aufgriff, die auf rechtsextreme, geschichtsrevisionistische Geschichtslegenden verweisen, ohne sie explizit auszusprechen, in letzter Sekunde verhindert: von einem breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen Bündnis, das zur Wahl mobilisierte. Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora Jens-Christian Wagner spielte in diesem Prozess eine wichtige Rolle, indem er die antidemokratischen und geschichtsrevisionistischen Positionen des AfD-Kandidaten faktenbasiert öffentlich machte. Von solchen Beispielen lässt sich lernen.

Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben

Vom Netzwerk zum Verein

Das Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben (DSKOS), mit Sitz in Weingarten, das sich als Netzwerk von ca. 80 großen und kleinen Gedenkstätten in Oberschwaben der Förderung der Erinnerungskultur an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gegründet hatte, konstituiert sich neu.

Uwe Hertrampf

Seit 2012 existiert das Denkstättenkuratorium als unselbständige Organisation in Trägerschaft des Studentenwerks Weiße Rose e.V. Nun hat es sich als Verein juristisch selbstständig gemacht.

Auf der Gründungsversammlung führte der bisherige Leiter des DSKOS Uwe Hertrampf als Grund für die Vereinsgründung aus, dass die juristische Selbständigkeit nötig sei, damit das DSKOS eine dauerhafte

institutionelle Förderung durch das Land im Rahmen der Gedenkstättenförderung in Anspruch nehmen könne. Dadurch sei es dem DSKOS möglich, die Erinnerungsarbeit in der Region durch die Einrichtung einer hauptamtlichen Teilzeitstelle zu intensivieren. Das DSKOS könne so die Zusammenarbeit im Netzwerk und die Bildungsarbeit verstärken – oft auch in Zusammenarbeit mit PH, Schulen, Volkshochschulen, Museen.

An der Gründungsversammlung nahmen u.a. Vertreter*innen von Kommunen wie der Weingartener OB Clemens Moll, Vertreter regionaler Gedenkstätten wie des ZfP Südwürttemberg, des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg in Ulm, des Schulmuseums Friedrichshafen, des Kreisarchivs, des DGB teil. Zu ihnen gehörte auch als Vertreter der Weiße Rose Stiftung in München der Enkel vom Widerständler Prof. Kurt Huber, Stephan Weiß.

Die Satzung wurde einstimmig beschlossen. Anschließend wurde Uwe Hertrampf zum Vorsitzenden gewählt. Als weitere Vorstandmitglieder sind bestellt: Gertrud Graf, Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Weiterhin Martin Diez, Integrations- und Seniorenbeauftragter der Stadt Ravensburg, verantwortlich für das Programm „Demokratie leben“. Dazu Birgit Brüggemann, Lehramtsstudentin im Fach Geschichte an der PH Weingarten und pädagogische Assistentin an der GMS Ravensburg.

Zum Ende der Versammlung dankte Gertrud Graf dem Studentenwerk für die bisherige Unterstützung und der Versammlungsleiter Martin Diez wies auf die große Bedeutung der Erinnerungskultur besonders auch in heutiger Zeit mit dem verstärkten Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte hin.

In Freiburg entsteht ein Dokumentationszentrum Nationalsozialismus

An zentraler Stelle in Freiburg, im 1936 erbauten, ehemaligen Verkehrsamt, wird bis voraussichtlich Anfang 2025 das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus in Trägerschaft der Städtischen Museen Freiburg eingerichtet.

Julia Wolrab

Auf ca. 800 Quadratmetern schafft die Stadt erstmals eine Einrichtung, die sich explizit mit der Geschichte Freiburgs im Nationalsozialismus befasst. Ein besonderer Fokus liegt auf den historischen Verbindungen im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Der Entscheidung für das Dokumentations- und Informationszentrum ging ein jahrelanges zivilgesellschaftliches Engagement voraus, u. a. durch die Initiative „Freiburg braucht eine Mahn- und Gedenkstätte“. Am 24. Juni 2018 fasste der Gemeinderat einstimmig den Grundsatzbeschluss zur Einrichtung, die Umbauarbeiten begannen im November 2022 mit dem Rückbau im Inneren. Die Eröffnung ist für voraussichtlich Anfang 2025 geplant. Neben dem Dokumentationszentrum wird auch die Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Freiburg, in das Haus am Rotteckring 14 einziehen. Die unmittelbare Nachbarschaft sowie zahlreiche thematische Schnittmengen bieten beiden Institutionen eine ideale Basis für Austausch, Zusammenarbeit und gemeinsame Veranstaltungen im Herzen der Stadt.

Die unterschiedlichen, berechtigten Erwartungen an das künftige Dokumentationszentrum sollen sich in einer Multifunktionalität des Hauses widerspiegeln. Es wird ein Ort der Information sein, mit einer Dauer- ausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus und wechselnden Sonderausstellungen. Damit eng verbunden ist auch die Funktion als Anlaufstelle für Dokumentation und Forschung. Hierfür sind langfristige Kooperationen mit Universitäten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz sowie bundesweiten Archiven und Forschungseinrichtungen geplant.

Gleichzeitig wird das Dokumentationszentrum einen zentralen Erinnerungsort an die Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beherbergen. Nicht zuletzt wird es ein Bildungs- und Diskussionsraum sein, um gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Antisemitismus oder Rechtsextremismus aktiv entgegenzutreten zu können.

Die geplante Dauerausstellung umfasst die Zeit von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart. Ein multiperspektivischer Zugang zu dieser Geschichte wird die Basis der Narration bilden. Dabei sollen einfache Schwarz-Weiß-Dichotomien möglichst aufgebrochen werden: Nicht nur die Geschichte der „Täter*innen“ auf der einen und der „Verfolgten“ auf der anderen



Entwurf des künftigen Gedenkraums im Dokumentationszentrum Nationalsozialismus Freiburg; © mArtin Architekten Freiburg + gewerk design Berlin.

Seite soll erzählt werden. Interessant sind die Grautöne: Warum zum Beispiel hat ein Mensch, der Fördermitglied der SS war, die Rettung von Jüdinnen und Juden befürwortet? Warum hat sich ein Mensch, der mit einer jüdischen Familie befreundet war, später an ihrem Eigentum bereichert? Wie konnte ein Mensch, der die nationalsozialistische Ideologie unterstützt und gelebt hat, nach 1945 wieder erfolgreich in der Stadtverwaltung tätig sein? Ebenso zentral ist das Aufzeigen von gesellschaftlichen und politischen Kontinuitäten. Der Nationalsozialismus ist 1933 nicht über Freiburg „hereingebrochen“, auch Antisemitismus, Antiziganismus und

andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit waren schon lange Zeit vorher in der Gesellschaft verankert – und sind nach 1945 nicht einfach verschwunden. Insbesondere die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen und nach dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum bildet einen spannenden Zugang zu Geschichte und Gegenwart, der in der Dauerausstellung – einem roten Faden gleich – immer wieder aufgegriffen wird.

Den architektonischen Mittelpunkt des Dokumentationszentrums bildet ein Erinnerungsraum an die Verfolgten des Nationalsozialismus. Er entsteht im Innenhof des ehemaligen Verkehrsamtes. Das Grundkonzept für den Gedenkraum wurde in enger Zusammenarbeit mit rund zwanzig zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Einzelpersonen diskutiert und verabschiedet. Der favorisierte Entwurf sieht ein „Raum-in-Raum-Konzept“ vor, um ein stilles Gedenken zu ermöglichen. Im hinteren Teil des Hauptraums werden außerdem Fundamentsteine der Alten Synagoge Freiburg in den Boden eingelassen. Das inhaltliche Konzept verfolgt das Ziel, einen Erinnerungsort zu schaffen, der allen Menschen aus und um Freiburg gewidmet ist, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, unabhängig von den individuellen Hintergründen. Die bekannten Namen der Ermordeten werden hierfür alphabetisch an den Außenseiten des zentralen Kubus angebracht. Eine Kontextualisierung der Schicksale ermöglicht ein Multimediaguide in Form von Biographien. Die Geschichten der Verfolgten werden so erstmals überhaupt gemeinsam erfahrbar gemacht und verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

Bereits vor seiner Eröffnung ist das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus der Städtischen Museen Freiburg mit jährlich über 50 Veranstaltungen in Stadt und Region aktiv. Aktuelle Informationen finden Sie auf der Webseite unter:

 www.nsdoku.freiburg.de

Rückblick auf Veranstaltungen und Ereignisse

des Ulmer Dokumentationszentrums und der Stiftung Erinnerung Ulm im Jahr 2023

Eine Auswahl wichtiger Aktivitäten

9. Januar: Mit Schulbeginn beginnt der Führungsbetrieb 2023 – die ersten Gäste kommen von einer Realschule aus Heilbronn und haben nach Aussagen der Lehrkräfte „drei Jahre darauf warten müssen, die Ulmer Gedenkstätte zu besuchen“. Hintergrund: Drei Lehrer*innen der Schule hatten 2018 an einem Lehrerseminar teilgenommen, durch Corona hat sich der geplante Besuch verschoben.

16. Januar: Erste Sitzung der Stiftung Erinnerung Ulm.

19. Januar: Gedenkstattenteam-Treffen in der Büchseengasse, Einführung in die neue Sonderausstellung „Auftakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“, die Ende Februar eröffnet wird.

27. Januar: Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus; in diesem Jahr dem portugiesischen Diplomaten und Fluchthelfer Aristides de Souza Mendez gewidmet. Die Nachmittagsveranstaltung in der KZ-Gedenkstätte mit Dr. Sabine Presuhn thematisiert Fluchtwege Ulmer Jüdinnen und Juden nach Portugal. Die Abendveranstaltung findet mit der Eröffnung der Videoskulptur „Candelabro“ im Münster und Beiträgen von Dr. Jennifer Hartog, Josef Naßl und der Musikerin Almuth Kühne großen Anklang, ebenso das Begleitprogramm bis zum Abbau der Installation am 13. März.

4. Februar: Vorstandsklausur in der Büchseengasse mit Rückblick auf 2022 sowie Ausblick und Planungen für 2023.

5. Februar: Neu: Immer am ersten Sonntag im Monat findet ab sofort eine thematische Sonderführung durch die KZ-Gedenkstätte statt.

9. Februar: Eine Ulmer Delegation mit DZOK-Leiterin Nicola Wenge, Stadtarchivleiter Michael Wettengel und Sabine Presuhn, Leiterin des entstehenden Einstein-Museums, informiert sich bei einem Besuch des Archivums in Mannheim über die neu gestaltete Ausstellung zum Nationalsozialismus.

9.-12. Februar: Treffen von Pädagog*innen der AG Gedenkstätten an Orten früher KZ (AGGOK) in der Gedenkstätte Lichtenburg zur Finalisierung der didaktischen Arbeitsmaterialien zur Ausstellung „Auftakt des Terrors“, Annette Lein nimmt für das DZOK daran teil.

14. Februar: 20. Stiftungsjahrestag mit Verabschiedung der langjährigen Stiftungsvorsitzenden Dr. Ilse Winter und der Begrüßung von Elisabeth Zoll als ihrer Nachfolgerin. Ein künstlerischer Abend mit einer musikalischen Lesung von Sibylle Schleicher zum Thema Demokratie und Menschenrechte.

22. Februar: Gedenkveranstaltung in der Martin-Luther-Kirche für Hans und Sophie Scholl. Vereinsvorsitzende Elke Reuther nimmt für das DZOK an der Veranstaltung teil.

28. Februar: Eröffnung der bundesweiten Gemeinschaftsausstellung „Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte mit Kulturstaatsministerin Claudia Roth. Die Eröffnungsreden von Claudia Roth und den Kurator*innen/Vertreter*innen der AGGOK Dr. Ingaburgh Klatt (KZ-Gedenkstätte Ahrensböck), Agnes Ohm, M.A. (Museum und Gedenkstätte Sachsenhausen), Dr. Sebastian Weitkamp (KZ-Gedenkstätte Esterwegen) und Dr. Nicola Wenge (DZOK) werden live übertragen. Das Video der Eröffnung ist über den DZOK-Youtube-Kanal abrufbar.

5. März: Kuratorinnenführung durch die Sonderausstellung mit vielen Gästen. Auch das Medienecho (u.a. Süddeutsche, Deutschlandfunk Kultur) ist groß.

7. März: Gedankenaustausch von Annette Lein und Nicola Wenge mit Hannes Hartleitner, Weiße Rose Arbeitskreis Crailsheim zu Ausstellungen über Verfolgung und Widerstand.

8. März: In der „Edition Stadthaus“ erscheinen die Vorträge von Josef Naßl, Sabine Presuhn und Jennifer Hartog zum 27. Januar in gedruckter Form. Herausgeber sind Stadthaus und DZOK.

11. März: Ganztägige Klausursitzung des Sprecherrats der LAGG in der KZ-Gedenkstätte Vaihingen (Enz).

15. März: Termin mit dem Landesdenkmalamt, der Stadt Ulm, dem Förderkreis Bundesfestung und dem DZOK zur Abstimmung der konservatorischen Sicherung des Forts Oberer Kuhberg, nachdem die Bauspuren aus der NS-Zeit im Rahmen eines zweijährigen Projekts dokumentiert worden waren.

23. März: Symposium in der vh Ulm zur Vorstellung der erweiterten Online-Häftlingsdatenbank Heu-berg – Kuhberg – Gotteszell mit 40 Teilnehmenden: Vor Ort sind Angehörige von KZ-Häftlingen, Archiv-Vertreter*innen und interessierte Bürger*innen aus ganz Baden-Württemberg, ausgerichtet in Kooperation mit der LpB BW und der vh Ulm. Ein produktiver Tag.



Vortrag von Josef Naßl am 27. Januar im Stadthaus.

27. März: Die Firma Dörner installiert in der Gedenkstätte neue Ladeschränke für iPads im Guideraum. Das sind technische Vorbereitungen zum Einsatz des neuen Medienguides.

29. März: Nicola Wenge und Praktikantin Anja Sonn stellen in der Sendung „Plattform“ bei Radio freeFM die Arbeit des DZOK, neue Projekte und die Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“ vor.

30. März: Die DZOK-Wanderausstellung „Man wird ja wohl noch sagen dürfen...“ wird jugendgerecht erweitert, in Form eines über einen QR-Code abrufbaren Podcast. QR-Code und Informationen zum Podcast sind auf einer eigens produzierten Ausstellungstafel angebracht und wandert ab sofort mit. Der Podcast war von Schüler*innen des Schubartgymnasiums erarbeitet worden.

30./31. März: Durchführung des zweitägigen Lehrerseminars mit der LpB in der KZ-Gedenkstätte. In diesem Jahr werden unter anderem die neuen Ausstellungsangebote des DZOK vorgestellt. Erstmals dabei ist der neue Leiter und Fachreferent der Abteilung Schule und Bildung in der LpB, Dr. Konstantin Broese.

4. April: Enthüllung der Gedenktafel für den Ulmer Sinto Ranco Brantner an der Wengenkirche unter großer öffentlicher Anteilnahme mit Romani Rose, OB Gunter Czisch, Nicola Wenge und Pfarrer Estler sowie Walter Wuttke, der die Erinnerung an Ranco Brantner angestoßen und seine Biografie verfasst hatte. Ranco Brantner war ein Vorkämpfer der Bürgerrechtsbewegung und lebte lange in Ulm.



v.l.n.r.: OB G. Czisch, R. Rose, W. Wuttke, N. Wenge

5. April: Der evangelische Frauenkreuzweg, organisiert von Frau Hoffmann-Richter, macht Station an der Gedenkstätte Oberer Kuhberg. Über 50 Frauen hören eine von den Organisatorinnen erstellte Lesung zur Situation der Frauen und Familienangehörigen der Häftlinge des KZ Oberer Kuhberg.

22./23. April: LAGG-Jahrestagung in Bad Urach, nach Ende der Pandemie-Einschränkung zu ersten Mal wieder zweitägig und mit zahlreichen Kolleg*innen aus Gedenkstätten und von Erinnerungsinitiativen. Nicola Wenge hält einen Vortrag zum Thema „Das Jahr 1933: Auftakt des Terrorpolitische Verfolgung in Baden und Württemberg“.

24. April: Zweites Schulungstreffen des Gedenkstätten-Teams zur Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“ mit Annette Lein. Im Mittelpunkt stehen Verknüpfungsmöglichkeiten bei Führungen durch Gedenkstätte, Dauer- und Sonderausstellung.

27. April: Besuch von Oberfeldwebel Baldauf, Bundeswehrstandort Heuberg, die die dortige militärgeschichtliche Sammlung modernisiert. Sie besichtigt die Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg.

2. Mai: Eine Schülerin der 9. Klasse des Hildegard-Gymnasiums absolviert ein 4-tägiges Schnupperpraktikum und lernt alle Arbeitsbereiche des DZOK kennen. Insbesondere die Gedenkstättenarbeit und das Archiv stoßen auf ihr Interesse.

5. Mai: Die ehrenamtliche Mitarbeit in der DZOK-Bibliothek unter Anleitung von Silke Maurmaier wird fortgesetzt: einmal wöchentlich werden ehrenamtlich Bücher verzeichnet, erfasst und etikettiert.

7. Mai: DZOK-Guide Ángel Ruiz Kontara bietet anlässlich des Tages der Befreiung am 8. Mai 1945 einen thematischen Rundgang durch die KZ-Gedenkstätte an. Dabei stellt er vor, wie der Repressionsapparat der NS-Diktatur entstand, was dies für die Häftlinge im KZ Oberer Kuhberg bedeutete und wie ihre Situation 1945 war.

16. Mai: Besuch der Landtagsabgeordneten Fadime Tuncer zusammen mit Michael Joukov MdL (beide GRÜNE) in der KZ-Gedenkstätte.

19. Mai: Lehramtsstudierende der PH Heidelberg lernen bei einem Studientag die KZ-Gedenkstätte kennen und nehmen an vertiefenden Workshops zur Erinnerungsdidaktik mit Nicola Wenge und Annette Lein teil.

21. Mai: Internationaler Museumstag in der Gedenkstätte: Die virtuelle Lagerdarstellung wird als neues Digitalobjekt der Dauerausstellung offiziell der Öffentlichkeit präsentiert. Nach Führungen durch Dauer- und Sonderausstellung wird auch der neue Medienguide zum ersten Mal

ausgegeben, um ihn in einem begleiteten Rundgang durch das Gelände kennenzulernen und auszuprobieren.



22./23. Mai: Workshops unter Anleitung der Medienfirma 2av für das Gedenkstätten-Team zum Umgang mit dem neuen Medienguide.

24. Mai: Annette Lein nimmt am „Tag der Demokratie“ des Seminars Weingarten teil. Frau Prof. Droll hat das DZOK eingeladen, bei einem „Bar Camp“-Format (offene Gesprächsangebote zu unterschiedl. Demokratie-Themen für Lehramtsstudierende) Impulse zum Umgang mit menschenverachtender und demokratiefeindlicher Sprache zu geben. Dies in Verbindung mit der Sprachausstellung „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“, die zu diesem Zeitpunkt in Weingarten gezeigt wird.

25. Mai: 10. Stolperstein-Verlegung in Ulm, es werden an sechs Stationen in der Stadt weitere 19 Steine verlegt.

26. Mai: Angehörige des Kuhberg-Häftlings Eugen Schmucker (s. Mitt. 75) besuchen das DZOK. Josef Naßl zeigt Deborah Tal-Rüttger, einer Enkelin Schmuckers, und ihrem Mann zunächst die Gedenkstätte. Im Anschluss findet ein intensiver Austausch zu NS-Verfolgten in der Familie in der Büchsen-gasse statt.

1. Juni: Carina Besirske beginnt ein zweimonatiges Praktikum beim DZOK. Sie hatte zuvor ein FSJ beim ASB absolviert und möchte vor Studienbeginn mehr über die Arbeit einer Historikerin erfahren.

15. Juni: Studientag des Seminars Weingarten in der KZ-Gedenkstätte mit Referendar*innen unter Leitung von Prof. Manuela Droll. Erstmals nimmt auch eine Klasse des beruflichen Gymnasiums von Frau Droll teil.

15. Juni: Nicola Wenge und Annette Lein stellen die Arbeit des DZOK und insbesondere die Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“ im Internationalen Ausschuss der Stadt Ulm vor. Weitere Treffen sind angedacht.

16. Juni: Geschichtsstudierende besuchen gemeinsam mit Prof. Süß von der Uni Augsburg die KZ-Gedenkstätte und lernen die historischen Grundlagen und die Bildungsangebote des DZOK kennen. Die Exkursion ist Teil der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Historischen Seminar und dem DZOK.

16./17. Juni: Erstes Ausbildungsseminar für künftige Guides der KZ-Gedenkstätte, in Kooperation mit der vh Ulm.

24. Juni: Studientag der Katholischen Landjugend zum Thema „Demokratiebildung“ in der Sonderausstellung der KZ-Gedenkstätte. Der Studientag dient der Vorbereitung einer Exkursion in die Gedenkstätte Auschwitz.

26. Juni: Kreisrät*innen des Alb-Donau-Kreises mit Landrat Scheffold besuchen die Gedenkstätte.

27. Juni: Die Wanderausstellung „Man wird ja wohl noch sagen dürfen...“ wird im Staatsarchiv Sigmaringen mit Nicola Wenge und Prof. Thomas Müller als Gastreferenten eröffnet. Das ZfP Südwürttemberg hat die Ausstellung dorthin vermittelt.

29./30. Juni: Bei der Tagung „Vernetztes Forschen“ der Universität Tübingen in Weingarten stellt Nicola Wenge zwei aktuelle Vernetzungsprojekte des DZOK vor: Das bundesweite Gemeinschaftsprojekt der Ausstellung „Auftakt des Terrors“ und die Online-Häftlingsdatenbank, die vom DZOK erarbeitet wurde und zur Weiterentwicklung auf landesweite Kooperationen mit Gedenkstätten, Archiven und Angehörigen setzt.

1. Juli: Auch das DZOK nimmt an der ersten analogen Freiwilligenmesse seit Corona in der vh Ulm teil. Ein Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen präsentiert die DZOK-Arbeit.

2. Juli: Elke Reuther und Nicola Wenge vertreten im Erinnerungsjahr 2023 das DZOK auf einer Gedenkstunde für Häftlinge des KZ Heuberg in Stetten a. k. M. mit Hertha Däubler-Gmelin.

3. Juli: Informelles Stiftungstreffen in der Gedenkstätte, die Stiftungs- und Ehrenrät*innen lernen die neuen digitalen Angebote der virtuellen Lagerdarstellung und des Medienguides kennen und erproben sie selbst.

5. Juli: Im Schwörhaussaal des Stadtarchivs wird die neue LpB-Publikation „Demokratie erinnern“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Mitherausgeberin Sibylle Thelen sowie Ko-Autor*innen Nicola Wenge und Michael Wettengel diskutieren in einer moderierten Podiumsdiskussion.



v. l. n. r.: S. Thelen, M. Wettengel, N. Wenge, W. Niess

6. Juli: Treffen des Arbeitskreises Kultur in den Probenräumen des Heyoka-Theaters. Seit langer Zeit mal wieder ein Austausch der freien Kultur-Szene, Katja Hamm nimmt für das DZOK teil.

7. Juli: Jahreshauptversammlung des DZOK-Vereins mit Berichten aus der laufenden Arbeit. Ein neuer Vorstand wird gewählt, die alten Vorstände*innen erhalten Unterstützung von Gudrun Schmid (Kasse) und Ruth Fichtner (Beisitzerin). Dominique Michel scheidet aus dem Vorstand aus.

8. Juli: Im Rahmen des Antirassismus-Festivals der Uni Ulm findet eine Führung in der KZ-Gedenkstätte statt, an der auch Angehörige der jüdischen Familie Vollweiler aus den USA teilnehmen. Die Mitglieder der Familie besuchen danach mit DZOK-Archivar Josef Naßl das SSV-Archiv und recherchieren im DZOK-Archiv zur Familiengeschichte.

10.-12. Juli: Nicola Wenge nimmt in Berlin an der Verabschiedung für Thomas Lutz in der Topographie des Terrors teil und dankt auch offiziell im Namen der AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager.

13. Juli: Zu einem Planungsgespräch für eine Tagung im Juli 2024 kommt Prof. Thomas Müller als Leiter des ZfP Südwürttemberg in die Büchseggasse. Unter dem Titel „Nationalsozialismus in Oberschwaben“ konzipieren ZfP, DZOK und das Denkstättenkuratorium Oberschwaben gemeinsam eine Tagung in Ulm.

21. Juli: Vorstand und Gedenkstatenteam unternehmen gemeinsam eine Exkursion nach Herrlingen. In die Ausstellung „Lebenslinien - Historische Persönlichkeiten in Herrlingen“, die in der Jugendstilvilla Lindenhof präsentiert wird. Hansjörg Greimel übernimmt als langjährig Engagierter die Führung am historischen Ort. Ein schöner, verbindender Tag.

1. August: Der Ausstellungskatalog „Auftakt des Terrors“ der AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager geht in Druck.

3. August: Eine Gruppe der Internationalen Jugendbegegnung Dachau besucht die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg und informiert sich in einem Workshop über die Dimensionen der frühen politischen Verfolgung im Nationalsozialismus.

8. August: Deutsche und französische Jugendliche erhalten im Rahmen des Jugendaustausches der Stadt Neu-Ulm eine Sonderführung in der KZ-Gedenkstätte, bei der Silke Maurmaier einen interkulturellen Austausch ermöglicht.

24. August: Im Zusammenhang mit den Vernetzungsaktivitäten der wissenschaftlichen Leitungen der Gedenkstätten-AG Frühe Lager hält Nicola Wenge einen Vortrag in der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg. Ihr Thema „Schwierige Nachbarschaft: Auseinandersetzungen um das frühe KZ Oberer Kuhberg in der Ulmer Stadtgesellschaft nach 1945“.

1. September: In Anwesenheit der Autorin Katarzyna Bilicka und nach einer Begrüßung durch Vereinsvorsitzende Elke Reuther wird die DZOK-Publikation „Wacias Tagebuch“ anlässlich des Antikriegstages in der Büchseggasse vorgestellt. Der Veranstaltungsraum ist mit sehr interessierten Personen bis auf den letzten Platz gefüllt.



3. September: Anlässlich des Europäischen Tages der Jüdischen Kultur findet auch in diesem Jahr wieder ein Stadtgang zum Thema „Jüdisches Leben in Ulm vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ mit Nicola Wenge statt.

10. September: Tag des offenen Denkmals mit Sonderführungen zum historischen Ort und zur Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“ für 100 Gäste.

11. September: Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Andreas Stoch MdL (SPD) besucht die Gedenkstätte zur Ortsbesichtigung und zum Gedankenaustausch.

13.-15. September: 11. Bundesgedenkstättenkonferenz in der Gedenkstätte Lager Sandbostel bei Bremervörde. Nicola Wenge vertritt die LAGG Baden-Württemberg. Das Thema der Konferenz lautet: „Renationalisierung der Erinnerungskulturen“.

16. September: Kulturnacht Ulm/Neu-Ulm: In der Gedenkstätte wird der neue Ausstellungskatalog „Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ mit Verleger Uli Klemm vorgestellt. Der Ulmer Liedermacher Walter Spira singt Lieder aus dem Widerstand.

19. September: Ortstermin Heuberg/Stetten am kalten Markt, Nicola Wenge und Josef Naßl vom DZOK besichtigen zusammen mit dem Landesdenkmalamt den Truppenübungsplatz Heuberg mit Blick auf Bauspuren aus der KZ-Zeit.

20. September: Führung und Gespräch für 50 geflüchtete Ukrainer*innen durch die KZ-Gedenkstätte; organisiert von dem kleinen zivilgesellschaftlichen Verein ILEU und den „Danube-Networkers“.

22.-23. September: Zweites Ausbildungsseminar für künftige Guides der Gedenkstätte. Weitere Elemente des Ausbildungskurses sind Hospitationen, Literaturstudium und Reflexionen zu didaktischen Prinzipien am Ort.

26. September: Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Dr. Dietmar Sedlaczek, hält einen Vortrag zu „Widerstand und Verfolgung von Frauen in den frühen Konzentrationslagern“.



v.l.n.r.: N. Wenge, D. Sedlaczek

2. Oktober: Paul Timm beginnt sein Volontariat beim DZOK.

4. Oktober: Treffen der Deputatsguides in der Büchsengasse: als aktueller Arbeitsschwerpunkt werden die Bildungsangebote auf der Website neu strukturiert und die digitalen didaktischen Materialien überarbeitet.

5. Oktober: Bei einem Ortstermin in Gleißelstetten wird mit DZOK-Verantwortlichen und Gestaltungsteam der genaue Standort der Erinnerungsstele festgelegt, die dort zum 90. Jahrestag der Errichtung des KZ Oberer Kuhberg aufgestellt wird.

9. Oktober: Karen Carlson und Ehemann Don besuchen das DZOK. Karen Carlson hat jüdische Familienwurzeln in Ulm und wird vom DZOK bei ihren familiengeschichtlichen Recherchen unterstützt.

10. Oktober: Bei einer teaminternen Fortbildung gibt die DZOK-Bibliothekarin den Kolleg*innen einen Überblick über relevante Neuerscheinungen der letzten Monate.

15. Oktober: Exkursionsgruppe aus Stuttgart zu Gast am Oberen Kuhberg. Zum Besuch hatten die LpB, das Ev. Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart und die Ev. Landeskirche eingeladen.

17. Oktober: Die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg, Melanie Engler, hält in der vh Ulm den Vortrag: „Ein KZ im Renaissanceschloss. Historische Perspektiven und Zukunftsvisionen für den Schlosskomplex Lichtenburg“.

23. Oktober: Interfraktionelles Gespräch mit den Gemeinderatsvertreter*innen zur Situation des DZOK mit der Vereinsvorsitzenden Elke Reuther und Nicola Wenge.

26. Oktober: Start der Lehrveranstaltung „Frühe Konzentrationslager und politische Verfolgung in Württemberg 1933-1935. Praxisfeld Gedenkstättenarbeit“ mit Nicola Wenge für Geschichtsstudierende der Uni Tübingen. Ab diesem Wintersemester bietet die DZOK-Leiterin Übungen und Forschungspraxisseminare für das Institut für Geschichtliche Landeskunde an.

6. November: Vortrag von Nicola Wenge zum Thema: „Das Jahr 1933: Auftakt des Terrors – politische Verfolgung in Baden und Württemberg“ im Jüdischen Museum Emmendingen.

9. November: Gedenkstunde zum Novemberpogrom auf dem Ulmer Weinhof.

12. November: Der Geschichtskurs des Aicher-Scholl-Kollegs besucht die Büchsengasse und lernt die vielfältigen Aufgaben der Gedenkstättenarbeit kennen.

13./14. November: 2tägige Lehrerfortbildung „Demokratiegefährdung und –zerstörung als Herausforderung für die historisch-politische Bildungsarbeit heute“ in Kooperation mit LpB und vh. Das Programm ist hochkarätig besetzt. Einzelne Teile sind auch für Bürger*innen frei besuchbar.

19. November, 11 Uhr: Gedenkstunde für den Widerstand von 1933 bis 1945 und die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in der Gedenkstätte. Zum 90. Jahrestag der Errichtung des KZ Oberer Kuhberg. Mit Prof. Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Grußwort: Erster Bürgermeister Martin Bendel, Stadt Ulm und Landesvertretung.

13.30 Uhr Gleißelstetten: Einweihung einer Erinnerungs- und Informationsstele am ehem. Außenlager des KZ Oberer Kuhberg, (Ort: Hasensteige 50, Ulm-Söflingen), Grußwort: OB Gunter Czisch, Stadt Ulm und Landesvertretung

23. November: Vortrag von Nicola Wenge zum Thema „Die Ulmer jüdische Gemeinde und ihre Verbindungen nach Laupheim im 19. und 20. Jahrhundert“ in Laupheim auf Einladung des dortigen Oberbürgermeisters Ingo Bergmann.

24. November: Nicola Wenge begutachtet in der Förderbeiratsitzung der LAGG/LpB mit den Kolleg*innen die gestellten Förderanträge.

29. November: Auftakt des Terrors vor 90 Jahren: Das Konzentrationslager Oberer Kuhberg (1933-1935) und seine Nachgeschichte. Historische und erinnerungskulturelle Reflexionen, Vortrag von DZOK-Leiterin Dr. Nicola Wenge im „Hotel Silber“. In Kooperation mit dem HdG BW, Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber., LAGG, LpB BW.

3. Dezember: Die frühen Konzentrationslager im reichsweiten Vergleich. Letzte Kuratorinnenführung durch die Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“.

10. Dezember: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sonderführung zum Tag der Menschenrechte.

12. Dezember: Täter in den frühen Konzentrationslagern: Das Beispiel Dachau. Vortrag von Dr. Christoph Thonfeld, stellv. Leiter der KZ-Gedenkstätte Dachau, In Kooperation mit vh Ulm.

Ulrich Schneider:
1933. Der Weg ins Dritte Reich. Analysen und Dokumente zur Errichtung der NS-Herrschaft. Köln: PapyRossa 2023. 223 S., 16,90 €.

Es gibt mehrere Gründe, den vorliegenden Band unseren Leser*innen vorzustellen:

- die 90. Wiederkehr der Machtübertragung an die Nazis in diesem Jahr und die mögliche Vergleichbarkeit mit der Stimmung und Situation heute, 2023;
- die mit der Machtübertragung grundlegend verbundene Einrichtung des KZ-Systems, wobei diese „frühen Lager“ in Deutschland der Schwerpunkt der gegenwärtigen DZOK-Arbeit sind;
- und schließlich die große Nähe des historisch-theoretischen Ansatzes im Verständnis der NS-Zeit zwischen Autor Ulrich Schneider und den Zeit- und Leidenszeugen, den Gründungsmitgliedern unseres Ulmer Dokumentationszentrums: u.a. von Julius Schätzle, Otto Hornischer, Ernst Rohleder, Marianne Obermaier-Weisser, Rolf Dick, Alfred Hausser, Hans Gasparitsch

Schneiders Darstellung lehnt sich vor allem an wichtige Werke der DDR-Forschung zum NS an (S.15), die ihren Schwerpunkt in den Zusammenhängen von Eliten, besonders solchen des Finanz- und Industriekapitals, mit den Strukturen des deutschen Faschismus haben.

Das Buch ist in 14 Kapitel gegliedert, die ein Begleittext zu 72 historischen Quellen und Dokumenten sind. Die thematische Gliederung reicht von „Warum und woran ist die Weimarer Republik gescheitert?“ (Kap 1), über „Krisenwege der wirtschaftlichen und politischen Eliten“ (Kap 3), „Der staatliche Terror beginnt“ (Kap 7), „Ausgrenzung und Antisemitismus“ (Kap 10), „Erste Vorbereitungen auf den Krieg“ (Kap 13) bis „Der Widerstand organisiert sich“ (Kap 14).

Einige Beispiele aus den wiedergegebenen Quellentexten: Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Dez. 1929); „Hauptresolution der Harzburger Front“ (Okt. 1931); Rede Adolf Hitlers vor dem Industrie-Club in Düsseldorf (Jan. 1932); Gründungsaufwurf der „Eisernen Front“ (Jan. 1932); Aufrufe des „Zentralkomitees der KPD“ sowie des „Vorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD“ (30./31. Jan. 1933); Dokumente zum Reichs-

tagsbrand am 27. Februar 1933 sowie „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar; Rede Hitlers vor der Reichswehr (Feb. 1933); Erlass über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (März 1933); Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels im Reichstag (23. März 1933); „Ermächtigungsgesetz“ (März 1933); Bücherverbrennung (Mai 1933); Zerschlagung der freien Gewerkschaften (April 1933); Gesetz über die Hitlerjugend (Dez. 1936); Reichskulturkammergesetz (Sept. 1933).

Fazit: Schneiders „Analysen und Dokumente zur Errichtung der NS-Herrschaft“ sind besonders für Einsteiger*innen in die Thematik sehr geeignet. Zu Vertiefungen und methodischen Erweiterungen gibt es in diesem Jahr ein breites Spektrum von Neuerscheinungen. Aber auch die Kenntnisaufnahme dieser „Wiederveröffentlichung“ wichtiger Texte ist von Nutzen. Auch für das Verständnis und im Vergleich zur gegenwärtigen politischen Krise.

Silvester Lechner

Thomas Seiterich:
Letzte Wege in die Freiheit: Sechs Pfadfinderinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Stuttgart: Hirzel Verlag 2023. 207 S., 24 €.

Über diese letzten Wege in die Freiheit führen sechs junge katholische Pfadfinderinnen im von den Deutschen besetzten Elsass zwischen 1940 und 1942 um die 500 Menschen – Regimegegner*innen, Juden und Jüdinnen, Kriegsgefangene, Kommunisten und Kommunistinnen und elsässische Männer, die der Zwangsrekrutierung in die deutsche Armee entgehen wollen.

In 43 kurzen Kapiteln zeichnet der Autor und langjährige Redakteur der Zeitschrift „Publik Forum“, Thomas Seiterich, nach, wie sich diese Pfadfinderinnen im Alter zwischen 17 und 27 Jahren im Herbst 1940, bestärkt durch ihr Pfadfinderinnen-Gelöbnis und ihren katholischen Glauben entschließen, französischen Kriegsgefangenen auf ihrem Weg in die Kriegsgefangenschaft nach Deutschland zu helfen. Die Schwestern Alice und Marie-Louise Daul, Marcelle Faber-Engelen, Emmy Weisheimer, Lucie Welker und Lucienne Welschinger versorgen die Männer mit

Trinkwasser, Essenspaketen oder nehmen Briefe entgegen, die sie an die Angehörigen weiterschicken. Dieses Engagement führt schließlich zur Gründung ihrer Widerstandsgruppe der „Équipe Pur-Sang“, was so viel wie „Vollblut-Équipe“ bedeutet. Dreh- und Angelpunkt ihrer Hilfsaktionen im Untergrund ist die katholische Kirche Saint-Jean in Strasbourg. Der dortige Priester, Curé Prince, und der Vikar von Saint-Jean, Abbé Magron, unterstützen die Hilfe für die Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang zeigt Thomas Seiterich nicht nur auf, aus wie vielen Helfenden dieses Hilfsnetzwerk gespannt ist, das Geld, Kleider oder Essen zur Verfügung stellt oder einen sicheren Unterschlupf für eine Nacht gewährt. Er beschreibt zudem, wie Nationalsozialisten auch im Elsass versuchen, die Jugend für sich zu vereinnahmen: alle Jugendorganisationen werden verboten, so auch die Pfadfinder. Nur noch die Hitlerjugend ist erlaubt. Die Nationalsozialisten bekämpfen die katholische Kirche mit allen Mitteln, weil sie deren Einfluss auf die Jugendlichen unterbinden wollen. In den Jahren der deutschen Besatzung werden über 120 Priester aus dem Elsass umgebracht.

Der Autor leuchtet in unterschiedlichen Zusammenhängen die familiären Hintergründe der sechs jungen Frauen aus. Spannend und sehr eindrücklich skizziert er die verschiedenen Fluchtrouten, die die jungen Frauen jeweils zu zweit mit den Flüchtlingen gehen, meistens über die Vogesen in das unbesetzte Frankreich, zum Teil führen die Wege auch an die Schweizer Grenze. Als ausgebildete Pfadfinderinnen sind sie ortskundig und kennen viele Wanderwege. 1942 fliegt die Widerstandsgruppe auf. Alle jungen Frauen (außer Marcelle Faber-Engelen, die bereits nach Südfrankreich geflohen ist, um dem Reichsarbeitsdienst zu entgehen) und weitere Mitglieder des Netzwerks werden verhaftet und wochenlang verhört. Nach sechs Wochen werden sie in das Lager Schirmeck gebracht, dessen Lagerkommandant Karl Buck ist. Im Januar 1943 findet in Strasbourg ein Schauprozess statt, zu dem Roland Freisler persönlich anreist. Freisler verurteilt fünf Angeklagte wegen Hochverrats zum Tode, darunter Lucienne Welschinger. Sie wird mit den anderen zum Tode Verurteilten nach Stuttgart gebracht. Durch eine Intervention von Papst Pius XII wird die Todesstrafe von ihr und den anderen in

Haftstrafen umgewandelt. Dies wird ihr aber nicht mitgeteilt. Nachdem sie neun Monate in Einzelhaft mit der Gewissheit lebt, bald sterben zu müssen, wird sie im Oktober 1943 in das hessische Lager Ziegenhain verlegt. Dort sieht sie Lucie Welker, Emmy Weisheimer und die Schwestern Alice und Marie-Louis Daul wieder, die alle zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

In den Kapiteln „Der Engel des Herrn“ bis „Am Ende in die Freiheit“ beschreibt Thomas Seiterich die dramatische Flucht von Alice Daul im Februar 1945 aus dem Lager, über die Schweiz und ihre Ankunft in Grenoble Anfang März 1945. Die übrigen vier erleben die Befreiung 1945 in verschiedenen Lagern: Lucie Welker, Emmy Weisheimer und Marie-Louis Daul in Hamburg-Fuhlsbüttel, Lucienne Welschinger in Aichach. Im Dezember 1946 werden sie in Strasbourg mit der „Medaille de la Résistance“ für ihre Fluchthilfe geehrt. Marcelle Faber-Engelen geht leer aus, obwohl sie wie die übrigen Mitglieder der „Équipe Pur-Sang“ Flüchtlingen in die Freiheit verholfen hat. Doch sie war die Einzige, die nicht in deutschen Lagern inhaftiert war. Dies führt zum Auseinanderbrechen der Gruppe. Diese Nichteuerung greift Thomas Seiterich im letzten Kapitel „Die Hälfte der Ehre“ Frauen in der Résistance“ nochmals auf und nimmt den Umgang mit Widerstandskämpferinnen und deren Ehrung in Frankreich in den Blick. Der Autor führte mit unterschiedlichen Zeitzeug*innen Gespräche, aber vor allem seit 2021 mit der letzten Überlebenden der „Équipe de sang“, Marcelle Faber-Engelen, die im Januar 2023 99-jährig gestorben ist. Ihre Zitate verdichten seine Beschreibungen, führen aber manchmal zu Wiederholungen. Die Kapitel sind in ihrer zeitlichen Abfolge nicht immer chronologisch, da sie zum Teil Schlaglichter auf Themen werfen, die dem Autor in diesem Zusammenhang wichtig sind. So zum Beispiel auf den Theologieprofessor Joseph Schmidlin, der im Lager Schirmeck ermordet wurde. An diese Sprünge in der Chronologie muss man sich beim Lesen erst gewöhnen. Hilfreich für eine zeitliche Orientierung ist jedoch die Zeitachse, die sich im Anhang des Buchs befindet.

Mit diesem Buch rückt Thomas Seiterich Themen in den Blickpunkt, die bis jetzt nicht so sehr im Fokus standen: die Geschichte des Elsass und der dortigen katholischen Geist-

lichen und Ordensfrauen während der NS-Diktatur und vor allem die Rolle mutiger junger Frauen im Widerstand, deren Namen und Aktionen durch diese Publikation auch auf dieser Seite des Rheins einem größeren Leserkreis bekannt werden dürften.

Silke Maurmaier

Siegfried Mielke (Hg.) unter Mitarbeit von Marion Goers: *Gewerkschafterinnen im NS-Staat. Biografisches Handbuch – Band 2 Reihe Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration. Band 10, Berlin: Metropol Verlag 2022. 551 S., 29 €.*

„Willensstark, bildungsbewusst, gewerkschaftlich und politisch aktiv, widersprechen zahlreiche Gewerkschafterinnen dem zeitgenössischen Rollenbild der unpolitischen Frau“ fängt die Beschreibung des Buches auf dem Umschlag an – und fasst damit eine der wesentlichen Gemeinsamkeiten der Biografien der hier betrachteten ehren- und hauptamtlich aktiven Gewerkschafterinnen zusammen. Dabei sei genau dieses Rollenbild auch ein Faktor gewesen, warum sie häufig länger als männliche Gewerkschafter nicht als Bedrohung für den NS-Staat wahrgenommen wurden.

Die zusammengetragenen Elemente einer kollektiven Biografie und abgeleitete verallgemeinernde Aussagen beruhen nicht nur auf diesen hier vorliegenden 50 Biografien, sondern schließen die 40 Biografien aus Band 1 mit ein.

In den Darstellungen werden folgende Punkte untersucht: Politische Aktivitäten der Gewerkschafterinnen, soziale Herkunft und Weiterbildung, Altersstruktur, Differenzierung nach Richtungs- und Einzelgewerkschaften, Widerstand, Emigrantinnen, Haft, Gewerkschaftsaufbau und politisches Engagement nach 1945.

Die Einzelbiografien wurden von 16 Autor*innen unabhängig voneinander verfasst. In der 24-seitigen Einleitung entsteht ein plastisches Bild der Rahmenbedingungen, die die Biografien miteinander verbinden, und der Vielfalt der individuellen Wege, die Frauen im gewerkschaftlichen Widerstand und in der Zeit nach 1945 gefunden haben. Durch zahlreiche Verknüpfungen zu den

Biografien aus Band 1 entsteht Lust auch über diese 40 Frauen mehr zu erfahren. Kurzum: Einleitung und Biografien sind gut „häppchenweise“ zu lesen, man sollte sich also nicht vom Umfang abschrecken lassen. Und ganz nebenbei entsteht auch ein Bild über die Vielfältigkeit der gewerkschaftlichen Bewegungen der Zeit.

Andrea Schiele

Bernd Braun, Frank Engehausen, Sibylle Thelen und Reinhold Weber (Hg.):

Demokratie erinnern. Historisch-politische Identitätsbildung im deutschen Südwesten. (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Band 53) Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2023. 302 S., 9 €.

Etwas zu erinnern, bedeutet meist Rückschau, je nach Gegenstand positiv oder negativ besetzt; aber in beiden Fällen ist das Erinnerte vorbei. Wer also einen Sammelband mit dem Titel „Demokratie erinnern“ herausgibt, muss sich dieser Ambivalenz bewusst sein oder er sucht – mit Recht? – darin Garantien und Postulate, konstruktive und stabilisierende Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für Gegenwart und Zukunft zu finden. In diesem Sinne formulieren dies die Herausgeber*innen des Buches, wenn sie eingangs schreiben: „Erinnerung in einer Demokratie ist ebenso wenig statisch wie Demokratie selbst.“ (S. 14) Geht man zum Ausgangspunkt der Geschichte der Erinnerung an die Demokratie im deutschen Südwesten um 200 Jahre zurück, so erkennt man die verschlungenen, immer wieder gescheiterten, immer wieder sich durchsetzenden Pfade demokratisch grundlegender Bewegungen: Ihre Handlungsspielräume und die Erinnerung daran wurden immer wieder verboten, durch konkurrierende, dezidiert antidemokratische Inhalte besetzt bzw. nach 1933 gänzlich gekappt.

Nach 1949 erwies es sich deshalb als schwierig, eindeutige Bezugspunkte für die Demokratie-Erinnerung zu finden. Erst in der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ manifestierte sich 1974 kurzzeitig ein demokratiegeschichtlicher Aufschwung. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich schließlich eine Institutionalisierung der Demokratieerinnerung ab, die die

wechselhafte Demokratiegeschichte mit der NS-Opfergeschichte verknüpft.

Der vorliegende Band will in sechs Beiträgen ein Panorama der historisch-politischen Identitätsbildung im deutschen Südwesten anreißen; die beiden letzten Aufsätze öffnen den Blick auf 200 Jahre deutscher Demokratiegeschichte, verfolgen die Herausforderungen und Wandlungen dieser Demokratie und setzen mit der „Erfolgsgeschichte Bundesrepublik“ (S. 253) einen (vorläufigen) Schlusspunkt.

Eingangs stellt M. Furtwängler die Frage, ob die badische Verfassung von 1818 ein „Leuchtturm“ (S. 15) demokratischer Erinnerungskultur sei. Im Anschluss an einen Rückblick auf die Rezeption dieser badischen Verfassung wird deutlich, wie sperrig eine Verfassung als Erinnerungsgegenstand ist und wohl auch bleiben wird. Dafür ist die Revolution 1848/49 ein dankbareres Feld, zählte doch der deutsche Südwesten zu den Kernregionen der Revolution. M. Wettengel vom Ulmer Stadtarchiv sind die Antworten darauf wichtig, ob diese Ereignisse Teil des kollektiven Gedächtnisses sowie der politischen Kultur des Südwestens sind. Das Gedenkjahr 1948 blieb ein Medienereignis. Gustav Heinemanns Initiative, dass im Rastatter Schloss 1974 eine Erinnerungsstätte eröffnet wurde, hatte kurzfristig Folgen für die Geschichtskultur. Festzustellen ist, dass Erinnerungsaktivitäten und -potentiale im deutschen Südwesten - gerade in den Kommunen - zahlreicher, intensiver als in anderen Teilen Deutschlands sind.

Dass die Erinnerung an die Weimarer Republik im Südwesten vernachlässigt wurde, zeigt der Beitrag von B. Braun auf. Er konstatiert, dass erst 2019 die (Gründung der) Weimarer Republik genügend gewürdigt wurde.

Dass „Demokratie von unten“ kommt, wie sie ihr Nischendasein abstreifte, das verfolgt P. Gassert beispielhaft am deutschen Föderalismus, der sich nicht nur an einer Verfassungsnorm, einem Staatsprinzip orientiert. Dabei setzten südwestdeutsche Länder Standards für das Grundgesetz.

Aus der Feder von Nicola Wenge, der Leiterin des Ulmer DZOK, kommen Überlegungen zur Entschlossenheit vieler Überlebender national-sozialistischer Verfolgung, sich für den Neuaufbau Deutschlands einzusetzen, aktiv am Prozess einer „lernende[n]

Demokratie“ (Edgar Wolfrum) mitzuwirken. Insbesondere bis zu Anfang der 1980er Jahre zeigt sich, dass NS-Verfolgte eine „einflussreiche Pressure-Group der Demokratisierung darstellten.“ (S. 177)

Leonie Richter liefert einen eindrücklichen Querschnitt durch die Jahrhunderte im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen an der (baden-württembergischen) Demokratiegeschichte. Nicht zuletzt das Jubiläumsjahr 2019 – zu 100 Jahre Frauenwahlrecht – stieß infolge der vielen Aktivitäten auf Resonanz und verdeutlichte die etlichen Formen des Frauenprotests. Richter resümiert, die Aufgabe demokratiestiftender Institutionen sei es zwar auch, die Frauen-Teilhabe an unserer Demokratie darzustellen, aber niemand solle dabei der Versuchung erliegen, „erinnerungsheischend die Rolle der Frauen in der deutschen Demokratiegeschichte aufzubauschen.“ (S. 209)

Peter Steinbachs Beitrag will die deutsche Demokratiegeschichte nach 1945 aus den historischen Möglichkeiten und Gefährdungen verstehen. Sein Blick auf staatliche Gedenkveranstaltungen ist hilfreich. Der Blick auf die Revolutionen von 1765, 1789, jene von 1848 und die Konsequenzen sowie Demokratie-Definitionen bestimmen Steinbachs breit aufgestellte Rückschau. Im Ausblick bündelt der Autor den Überblick dieser kurzgefassten Demokratiegeschichte mit dem Hinweis, dass sie „eine offene, eine unabgeschlossene Geschichte, eine Herausforderung der Nachlebenden“ (S. 252) bleibe. Im Vergleich kommt das Schlusskapitel von T. Herzfelder zunächst etwas vorlaut daher, betitelt: „Erfolgsgeschichte Bundesrepublik. Die letzte Meistererzählung“. Der Verfasser erwähnt eingangs den 2009 stolz gefeierten Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland, bevor er für die Jahrzehnte zuvor bilanziert, es sei doch eine „Demokratie auf Bewährung“ (253) gewesen. Erst mit/nach der Wiedervereinigung sei eine wirkliche Meistererzählung entstanden, die sich ihrerseits auf zwei mächtige Akteure, diverse Geschichtsschreibung sowie das „Haus der Geschichte“ habe stützen können. Diese Meistererzählung habe zwei Plots: die Diktaturbewältigung und die Wiedervereinigung – und sie sei nach 1990 an die Stelle kritischer Deutungsmuster getreten. Seit 2010 finden sich deutliche Anzeichen für ein Verblässen der Meistererzählung, provokativ treten kritische Gegen-

erzählungen an. Herzfelder zeigt die Risse im schönen Bild auf, verweist perspektivisch auf viele blinde Flecken, transnational, europapolitisch, ostdeutsch, migrantisch, rechtspopulistisch. Deshalb wird und muss es neue Erzählweisen geben, die bereit sind „Brüche, perspektivische Brechungen und offene Fragen in Kauf zu nehmen“ (S. 297) – und den endgültigen Verzicht auf eine sog. Meistererzählung.

Wem an unserem demokratischen Staatswesen gelegen ist, für all die ist dieses Buch ein Muss. Der Sammelband leistet – umfänglich, detailliert, instruktiv, empathisch, auffordernd und ganz sicher über „the Länd“ hinausweisend – einen sehr wichtigen Beitrag zur (südwest)deutschen Demokratiegeschichte sowie erst recht zur Brisanz permanenter Erinnerung daran.

Christian Schulz

Andrea Erkenbrecher:
Oradour und die Deutschen. Geschichtsrevisionismus, strafrechtliche Verfolgung, Entschädigungszahlungen und Versöhnungsgesten ab 1949. (Band 126 der Reihe Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte). Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg 2023. VII, 674 S., 84,95 €.

Am 10. Juni 1944 töteten 150 Soldaten der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ in Oradour-sur-Glane 643 Menschen und brennen den Ort bis auf die Grundmauern nieder, begehen ein Massaker an der schutzlosen Zivilbevölkerung. Nach Kriegsende wird dieses Dorf zu einem nationalen Symbol des Leidens, zu dem Märtyrerdorf, ja zum Leid-Motiv Frankreichs, und neben dem seit 1946 zum historischen Denkmal erklärten Ruinendorf wird bis 1953 ein neuer Ort aufgebaut. Kommt es zu einer strafrechtlichen Aufarbeitung? Die zuständige Justiz in beiden Teilen Deutschlands sowie im wiedervereinigten Deutschland bleibt weitgehend ohne zielführende Erfolge. Und Gesten von Seiten der Politik? Erst Bundespräsident Joachim Gauck wird im September 2013 offiziell als hoher Vertreter des deutschen Staates den Ruinen einen Besuch abstatten.

Mit der Dissertation von Andrea Erkenbrecher haben wir eine umfangreiche Beschreibung und Analyse des (deutsch)deutschen Umgangs mit

dem Erbe dieses Verbrechens und seiner (Nicht-) Bewältigung. Im Kontext des Massakers untersucht die Autorin vier Handlungsfelder: die revisionistische Geschichtsschreibung, die strafrechtliche Verfolgung der Täter, die Entschädigung der Hinterbliebenen sowie die Versöhnungsgesten. Davon ausgehend bündelt die vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Studie detailliert eine Vielzahl von Fragen, deren Ziel zweifelsfrei eine Bilanzierung deutsch-französischer Erinnerungskultur ist.

Die Längsschnitt-Studie (1944-2013) beginnt mit der Darstellung des Massakers; das „Herzstück“ der Arbeit bleibt der (deutsch-)deutsche Umgang mit Oradour. Zunächst allerdings entspricht Frankreich 1953 der zentralen Forderung der Hinterbliebenen nach Verfolgung und Bestrafung der Täter. Aber der in Bordeaux 1953 angestrebte Prozess endet mit einer bitteren Enttäuschung. Von den einundzwanzig Angeklagten werden die dreizehn französischen Tatbeteiligten – zwangsrekrutierte Elsässer – amnestiert. Damit wird ein „zweites Martyrium“ Oradours aufgewogen gegen die Konfrontation zweier französischer Erinnerungen – Kollaboration vs. Résistance ? um eine nationale Krise zu vermeiden.

In der Bundesrepublik gab es keinen Oradour-Prozess. Obwohl der Kommandeur der SS-Panzerdivision und Hauptverantwortliche am Massaker, Heinz Lammerding, in Bordeaux in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, blieb er – mittlerweile erfolgreicher Bauunternehmer in Düsseldorf – unbehelligt. Tabuisierung war angesagt. Im Auswärtigen

Amt galt schon nach 1950 das Credo „Nicht an Oradour rühren!“ Zu einem Ermittlungsstillstand kam es auch aus vertraglichen Gründen (der bis 1975 geltende „Überleitungsvertrag“ verhinderte, dass von Alliierten in Abwesenheit verurteilte Kriegsverbrecher von deutschen Gerichten belangt wurden) oder aus der Nachlässigkeit bei den Nachforschungen. In der DDR wurde ein einziger SS-Beteiligter 1983 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Stattdessen entwickelte sich ein revisionistisches Narrativ, welches zwischen einer sich distanzierenden und einer radikalrevisionistischen Version changierte, sich aber übereinstimmend gegen das Nürnberger Urteil von 1946 stellte, das die SS zur „verbrecherischen Organisation“ mit explizitem Verweis auf das Massaker von Oradour erklärt hatte. Demgegenüber nutzte die DDR Oradour, um das Selbstbild vom besseren deutschen Staat zu demonstrieren, und entwickelte dafür erinnerungskulturelle Formen: Eine Gedenkbriefmarke wurde gedruckt, Erde aus Oradour wurde nach Buchenwald überführt. Deutsche Entschädigungen der Hinterbliebenen sind jedoch im kollektiven Gedächtnis Oradours ein weißer Fleck. Die DDR leistete keine Zahlungen, die Bundesrepublik wollte nur die überlebenden Opfer berücksichtigen, und Frankreich differenzierte den Status, wer überhaupt als Opfer galt. Das Resultat diverser pragmatischer Formelkompromisse waren daher nur marginale Summen. Für den französischen Staat wäre Oradour ohne Zweifel als Kulisse für die Inszenierung der deutsch-französischen Freundschaft dien-

lich gewesen. Doch für die Hinterbliebenen blieb die Erinnerung zu schmerzvoll. Neue Wunden wurden geschlagen aufgrund der Diskrepanz zwischen ihren Forderungen und dem deutschen Umgang mit dem Massaker. Symbolische Versöhnungsgesten waren nicht gewünscht, hätte doch eine offiziell grundierte Akzeptanz als Bereitschaft missdeutet werden können, einen Schlusstrich zu ziehen.

Daher empfing erst 1995 offiziell und gegen den Willen des Hinterbliebenenverbandes ein Bürgermeister Oradours deutsche Besucher. Erwähnenswert ist, dass es zivilgesellschaftliche Initiativen einzelner Deutscher waren, die dafür wichtige Vorarbeit geleistet hatten. Doch es dauerte nochmals fast 20 Jahre, bis die Staatsoberhäupter Gauck und Hollande mit dem 87-jährigen Überlebenden Robert Hébras vor dem Altar der ausgebrannten Kirche in Oradour standen und damit zur bisher eindrücklichsten Geste einer Versöhnung fanden.

Über das Ruinendorf Oradour-sur-Glane – in dieses selbst, den Friedhof sowie das seit 1999 eröffnete Centre de la mémoire kommen alljährlich Menschen aus aller Welt – wurde viel geschrieben, doch zu wenig geforscht. Mit ihrem Beitrag zu einer ‚zweiten Geschichte‘ des Massakers hat Erkenbrecher ein akribisch recherchiertes, klug analysiertes und nüchtern interpretierendes Standardwerk geschaffen: Es ist das endgültige Contra zu allen „Entlastungsnarrativen“ oder jeglicher Schlusstrichapologie, die sich von einer Verantwortung freisprechen will.

Christian Schulz

Das DZOK lebt vom engagierten Einsatz vieler Ehrenamtlicher und zu einem großen Teil von Ihren Spenden.

Dafür Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön!

Bitte lassen Sie mit Ihrer Unterstützung nicht nach:

Spendenkonto
IBAN: DE02 6305 0000 0007 6490 62

Sonderkonto „Stiftung Erinnerung Ulm“
IBAN: DE98 6305 0000 0002 7207 04

SWIFT-BIC: SOLADES1ULM
(Sparkasse Ulm)

Veröffentlichungen des DZOK

„... daß es so etwas gibt, wo man Menschen einsperrt ...“

Das KZ Oberer Kuhberg bei Ulm.

Ein Film von Bernhard Häusle und Siegi Jonas.

Silvester Lechner (Hrsg.):

Die Kraft, nein zu sagen. Zeitzeugenberichte, Dokumente, Materialien zu Kurt Schumachers 100. Geburtstag.

Ulm (DZOK) 1995, 80 S., 10 € (vergriffen)

Bd. 3: Silvester Lechner (Hrsg.):

Schönes, schreckliches Ulm. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter,

die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren.

2. Aufl., Ulm 1997, 420 S., 20 € (vergriffen)

Bd. 4: Silvester Lechner:

Ulm im Nationalsozialismus. Stadtführer auf den Spuren des Regimes, der Verfolgten, des Widerstands.

Ulm 1997, 120 S., 8 € (vergriffen)

Markus Kienle:

Das Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt.

Ulm (Klemm + Oelschläger) 1998, 220 S., 50 Abb., 10 € (vergriffen)

Myrah Adams:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, 1933–1935, Katalog zur Dauer Ausstellung 2001.

Ulm 2002, 64 S., 138 Abb., 10 €

Markus Kienle:

Gotteszell – das frühe Konzentrationslager für Frauen in Württemberg. Die Schutzhaftabteilung im Frauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd.

Ulm (Klemm + Oelschläger) 2002, 90 S., 12 € (vergriffen)

Vorstand Stiftung Erinnerung Ulm (Hrsg.):

Die Stiftung Erinnerung Ulm – für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde.

Ihre Gründung, ihr Zweck, ihre Ziele. Ulm 2004, 64 S., 22 Abb., 10 €

Hans Lebrecht:

Gekrümmte Wege, doch ein Ziel. Erinnerungen eines deutsch-israelischen Kommunisten.

Herausgegeben von Silvester Lechner, DZOK. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2007, 144 S., 30 Fotos, 19,80 €

Roman Sobkowiak:

Eindeutschungsfähig?! Eine polnisch-deutsche Biografie im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik.

Herausgegeben von Silvester Lechner, DZOK. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2009, 116 S., 60 Fotos, 19,80 €

Markus Heckmann:

NS-Täter und Bürger der Bundesrepublik. Das Beispiel des Dr. Gerhard Klopfer.

Herausgegeben von Silvester Lechner und Nicola Wenge, DZOK. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2010, 120 S., 19,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge:

Jugendarbeit und Demokratieverziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg.

Ein Leitfaden des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm für bürgerschaftlich getragene Erinnerungsorte, Ulm 2010, 40 S.

Oliver Thron:

Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“. Ein Gedenkbuch für die Opfer der NS-Militärjustiz in Ulm.

Herausgegeben von Nicola Wenge, DZOK. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2011, 84 S., 16,80 €

Regierungspräsidium Tübingen, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Hrsg.):

„Württembergisches Schutzhaftlager Ulm“. Ein frühes Konzentrationslager im Nationalsozialismus (1933-1935).

Informationen und Arbeitshilfen für den Besuch der Ulmer KZ-Gedenkstätte mit Schülerinnen und Schülern, Tübingen/Ulm 2013, 125 S., 10 €

Marie-Kristin Hauke/Thomas Vogel:

Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn nach 1945 und Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus.

Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2014, 167 S., 14,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge/Juliette Constantin:

„Was geht mich Eure Geschichte an?“ Interkulturelle Materialien für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm mit Schülerinnen und Schülern. Ulm 2015, 44 S. + DVD.

Ulrike Holdt:

Das materielle Erbe der Zeitzeugen sichern – Informationen und Anleitungen zur Archivarbeit in Gedenkstätten am Beispiel des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm. Ulm 2015, 66 S.

Ingo Bergmann:

1938. Das Novemberpogrom in Ulm – seine Vorgeschichte und Folgen.

Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2018, 78 S., 14,80 €

Gudrun Silberzahn-Jandt/Josef Naßl:

„... aber ich hoffe, dass ich nicht verloren bin“: Gedenkbuch für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden.

Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2020, 207 S., 26,80 €

Nathalie Geyer/Mareike Wacha:

„Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...“: Zum Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache. Informationen und Arbeitsmaterialien des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg. Ulm 2020, 81 S., 5 €

Arbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager“ (Hrsg.):

Auftakt des Terrors: Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus.

Ulm (Klemm + Oelschläger) 2023, 127 S., 9,80 €

Katarzyna Bilicka:

Wacia: Ein fiktives Tagebuch nach dem Leben von Waclawa Gałazka.

Zwischen Kriegsalltag in Łódź und Zwangsarbeit in Ulm (1939-1945). Herausgegeben von Dr. Nicola Wenge, DZOK. Ulm. 2023, 84 S., 8 €

Bestellung und Versand (zusätzlich Versandkosten) sind auch über das DZOK möglich!

DZOK-Programm Winter 2023/2024

Die KZ-Gedenkstätte im Fort Oberer Kuhberg

Die Öffnungszeiten und gültigen Regelungen zu Führungen und Einzelbesuchen sind auf der Website des DZOK nachzulesen.

Sonderausstellung bis 17. Dezember

„Auftakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“

Eine Ausstellung der AG Gedenkstätten an Orten früher KZ

Sonderausstellung ab 15. Januar 2024 wieder in der Gedenkstätte

„Man wird ja wohl noch sagen dürfen...: Zum Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache“

10 Tafeln zu 8 Begriffen aus Geschichte und Gegenwart.

Auch als Wanderausstellung entleihbar. Mehr Infos auf www.dzok-ulm.de

Sonntagsführungen:

Rundgang durch Dauerausstellung, Teile des Außengeländes und die ehemaligen Häftlingsunterkünfte um 14.30 Uhr.

Jeden ersten Sonntag im Monat: Themenführungen mit wechselnden Schwerpunkten

Kosten: 2 €/0,50 €

Gruppenangebote/Klassenbesuche:

90-minütige Führungen bis max. 30 Personen (mind. 2 Wochen vorher)

Kosten: 40 € zzgl. 2 €/0,50 €

Anmeldung über das Büro des DZOK:

Büchseingasse 13, 89073 Ulm
Tel. 0731-21312, Fax 0731-9214056
info@dzok-ulm.de

Winterschließung

der KZ-Gedenkstätte (sonntags):
24.12.2023 bis 21.1.2024

Weitere Termine

entnehmen Sie bitte der Tagespresse, der Webseite, dem Newsletter oder unseren Social Media-Kanälen. Infos zu den einzelnen Veranstaltungen, Anmeldebedingungen und Programmänderungen auf unserer Webseite.

90. Jahrestag der Errichtung des KZ Oberer Kuhberg Sonntag, 19. November 2023

11 Uhr, Gedenkstunde in der Ulmer KZ-Gedenkstätte

mit Prof. Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Grüßworte: Bürgermeister Martin Bendel, Stadt Ulm und Landesvertretung

13.30 Uhr, Einweihung einer Erinnerungsstele in Gleißelstetten

ehem. Außenlager des KZ Oberer Kuhberg,

Grüßworte: OB Gunter Czisch, Stadt Ulm und Landesvertretung
Ort: Hasensteige 50, Ulm-Söflingen

Sonntag, 3. Dezember 2023

14.30 Uhr KZ-Gedenkstätte

Letzte Kuratorinnenführung durch die Sonderausstellung „Auftakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“

mit DZOK-Leiterin Dr. Nicola Wenge

Dienstag, 12. Dezember 2023

19 Uhr Club Orange, vh Ulm

„Täter in den frühen Konzentrationslagern: Das Beispiel Dachau“

Dr. Christoph Thonfeld, stellv. Leiter der KZ-Gedenkstätte Dachau im Rahmen der Vortragsreihe zur Sonderausstellung „Auftakt des Terrors“

Donnerstag, 27. Januar 2024

Nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg,
14.30 Uhr

Was in Ulm am Oberer Kuhberg begann... – 79 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz

Stadthaus Ulm, 20 Uhr

Abendveranstaltung des AK 27. Januar Ulm/Neu-Ulm

Thema: Verfolgung von Frauen im Nationalsozialismus – biografische Annäherungen

Mittwoch, 14. Februar 2024

Stadthaus, 19 Uhr

21. Jahrestag der Stiftung Erinnerung Ulm

Radikalisierung der Mitte und Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit

Dr. Elke Gryglewski, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
Geschäftsführerin und Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Dienstag, 20. Februar 2024

19 Uhr Büchseingasse 13

Eugen Schmucker – ein ehemaliger Kuhberghäftling

Ein Abend mit Angehörigen und der Forscherin Sibylle Eberhardt.

Moderation: Annette Lein und Josef Naßl

Dienstag, 12. März 2024

19 Uhr Haus der Begegnung

Veranstaltung 1

Wacia – Ein fiktives Tagebuch nach dem Leben von Wacława Gałazka

Zwischen Kriegsalltag in Łódź und Zwangsarbeit in Ulm (1939-1945). Auszüge aus dem Buch und Gespräch mit Autorin Katharyna Bilicka über die Weitergabe von Erinnerung im Familiengedächtnis.

Moderation: Andrea Luiking; Einführung in die DZOK-Publikation: Dr. Nicola Wenge

Dienstag, 26. März 2024

19 Uhr Haus der Begegnung

Veranstaltung 2

Familiengeschichten und die Zeit des Nationalsozialismus

Erzählcafé für Ulmerinnen und Ulmer.

Fotos und Erinnerungsstücke können mitgebracht werden.

Moderation: Andrea Luiking und Nicola Wenge

In Kooperation mit dem Haus der Begegnung

Donnerstag/Freitag, 11./12.4.2024

KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg

Lehrer-Fortbildung: Politische Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Das württembergische Landes-KZ Oberer Kuhberg

Ein Seminar der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem DZOK.

Anmeldung im DZOK oder bei:
martina.siegel-ginzinger@lpb.bwl.de,
Tel. 07125/152-148

Diese Nummer der Mitteilungen wird mit unten stehenden Anzeigen gefördert von:

Braun Engels Gestaltung

Sedanstraße 124, 89077 Ulm
Tel. 0731-140073-0
www.braun-engels.de

CDU/UfA-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-61 82 20
www.cdu-ufa.de, mail@cdu-ufa.de

Dörner Elektrotechnik GmbH

Kohlgasse 31, 89073 Ulm
Tel. 0731-96690-0; Fax: 0731-96690-33
info@doerner-ulm.de, www.doerner-ulm.de

Engel-Apotheke Ulm

Apotheker Timo Ried
Hafengasse 9, Tel. 0731-63884

FDP-Fraktion

im Ulmer Gemeinderat
Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-161 1094
www.fdp-fraktion-ulm.de, fdp@ulm.de

FWG-Fraktion

im Ulmer Gemeinderat
Tel. 0731-61 88 52, 0731-161 10 95
info@fwg-ulm.de, www.fwg-ulm.de

GRÜNE Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Tel. 0731-161-1096, www.gruenefraktion.ulm.de
gruene@ulm.de

Kulturbuchhandlung Jastram

Am Judenhof, Tel. 0731-67137
info@jastram-buecher.de

protel Film & Medien GmbH

Olgastraße 143, 89073 Ulm
Tel. 0731-9266444
info@protel-film.de, www.protel-film.de

Rechtsanwälte Filius-Brosch- Bodenmüller und Kollegen

Münchner Straße 15, 89073 Ulm
Tel.: 0731-96642-0; Fax: 0731-96642-22
info@kanzlei-filius.de

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Boschstraße 16, 89079 Ulm
Tel. 0731-94688-0
info@schirmer-druck.de, www.schirmer-druck.de

Sparkasse Ulm

Hans-und-Sophie-Scholl-Platz 2, 89073 Ulm
Tel. 0731-101-0, kontakt@sparkasse-ulm.de

SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 921 77 00
spdfraktion@ulm.de, www.spd-ulm.de

Unterstützen Sie das Ulmer DZOK! Werden Sie Mitglied!

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e. V.
– KZ Gedenkstätte –, Postfach 2066, 89010 Ulm
Beitrittserklärung und Bankeinzugsermächtigung

.....
Name und Vorname

.....
Straße und Hausnummer

.....
PLZ und Wohnort

.....
eMail

.....
IBAN

Mit dem Einzug meines Mitgliedsbeitrags in Höhe von

€

.....
im ersten Quartal des jeweiligen Kalenderjahrs von
meinem Konto mittels Lastschrift bin ich einverstanden.
Das SEPA-Lastschriftmandat kann durch schriftlichen
Widerruf beendet werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt
mindestens 35€ (für Arbeitslose, Schüler*innen,
Studierende, Rentner*innen 15€) im Kalenderjahr.

.....
Datum, Unterschrift

Empfangsbekanntnis zum Datenschutz:

Ich hatte die Möglichkeit, die Datenschutzhinweise des
DZOK unter www.dzok-ulm.de/Datenschutz oder in der
Geschäftsstelle Büchergasse 13, 89073 Ulm einzusehen;
sie wurden mir auch in Papierform angeboten.

.....
Datum, Unterschrift